

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Ausläger vierjährlich 3.60, monatlich 1.20 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgeplattene Zeitung 60 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pf., auswärtige Anzeigen 60 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere später, in der Expedition abgegeben werden.

Amtliches Publicationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 295.

Mittwoch, den 18. Dezember 1918.

25. Jahrg.

Die Sozialisierung.

VI.

Die Sozialisierung und die Besitzenden.

Kopfarbeiter und Handarbeiter müssen die Durchsetzung des Sozialismus, die Erreichung des Endziels unserer Partei als eine Erlösung aus Not und Niederdrückung empfinden. Hoffnungsvoll sollen sie dem Anbruch einer neuen Weltgestaltung entgegensehen und alle ihre Kraft einsetzen, daß die Sozialisierung aller Produktionsmittel zur Tat werde. Alle Kräfte haben sie einzusehen, damit das künftige Deutschland ein sozialistisches Deutschland werde, damit es für die bisher Bedrückten und Entehrten ein wahres Vaterland werde und nicht ein Stiefvaterland wie bisher. Der großen Masse des deutschen Volkes bringt die sozialistische Neuordnung, wenn sie troh all der Röte der Zeit ohne große Erschütterung durchgeführt werden kann, zahlreiche bedeutsame Vorteile. Doch hieße es Demagogie treiben, die niemandem ferner liegt als uns, wollten wir behaupten, daß die Sozialdemokratie bei der Durchsetzung ihrer Ziele allen Vorteil bringen sollte.

Die Besitzenden werden auf vieles, was sie aus dem übrigen Volke herausgehoben haben, für sich und für ihre Kinder verzichten müssen. Die Möglichkeit arbeitslosen Einommens wird aufhören, wenn die Sozialdemokratie ihre letzten Ziele verwirklicht haben wird. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel läßt ein privates Eigentum an Gütern, mit denen neue Werte geschaffen werden können, nicht zu, sie versperrt den Weg zu neuer privater Reichtumsbildung und wird zuletzt bloß eine Quelle für den Genau kennen: die Arbeit. Die Besitzenden müssen freilich erkennen, daß der Krieg mit seiner ungeheuerlichen Verzehrung an Werten, mit seinen Kosten, die den größten Teil des Nationalvermögens geschädigt hätte, auch wenn die Sozialdemokratie nicht die Macht ergriffen hätten.

Die Meinung der Besitzenden, daß die Sozialdemokratie eine einfache Konfiskation ihres Eigentums planen, ist verfehlt. Es ist nicht denkbar, mit einem Schlag die kapitalistische Produktionsweise in die sozialistische zu überführen, weil dazu die wirtschaftlichen Voraussetzungen fehlen, wie auch die Menschen innerhalb der Sozialdemokratie nicht vorhanden sind, um dieser Mission aufzugeben zu genügen. Ein ganz erheblicher Teil unserer Privatwirtschaften ist seiner inneren Struktur nach nicht reif für die Überführung in den sozialistischen Betrieb, ein großer Teil unserer industriellen Unternehmungen steht am Rande des Abgrundes, vor dem Bankrott. Es würde somit aller Klugheit entbehren, wollten wir derartige Betriebe, die der beste Beweis für den Mangel an innerer Festigkeit des spekulativen Kapitalismus sind, vergesellschaftlichen. Als ein Heilmittel für den Kapitalismus soll der Sozialismus nicht missbraucht werden.

Weder will die Sozialdemokratie alle Produktionsmittel gleichzeitig und unterschiedslos vergesellschaftlichen, noch will sie eine einfache Vermögenskonfiskation durchführen, also etwa alles, was Werte erzeugen könnte, wegnehmen und keinerlei Entschädigung hierfür gewähren. Fast alle sozialdemokratischen Theoretiker haben sich für die Ablösung und gegen die Konfiskation der Produktionsmittel ausgesprochen.

Freilich wird diese Ablösung nicht mit Vorteilen für die Unternehmer verbunden sein, wie etwa die Überführung privater Betriebe in die Aktienform. Die Sozialdemokratie hat naturgemäß keinen Anlaß, den Besitzenden Vorteile bei der Überführung ihrer Privatwirtschaft in die Gemeinwirtschaft einzuräumen. Die Sozialdemokratie kann auch nicht daran denken, unter dem Gesichtspunkte des freihändigen Verkaufes die Fabriken und andere große Unternehmungen in den Besitz der Allgemeinheit überzuführen. Es kann sich dabei natürlich nicht um ein Schachgeschäft handeln, bei dem die Vorbesitzer möglichst viel herauszuschlagen bemüht sein können. Unserer Meinung nach würde die Ablösung, dort, wo sie durchführbar ist, und dort, wo sie sich für uns empfiehlt, aus einem gesetzlichen Akt erwachsen, bei dem die gemeinsamen Interessen der Gesellschaft und nicht die der privaten Unternehmer den Ausschlag geben sollen. Aber an der Absicht der Ablösung und an der Ablehnung der Konfiskation, die nur als besondere individuelle Strafe in Frage kommen könnte, kann diese Erwägung nichts ändern.

Bei der weit vorgenommenen Überführung des privaten Eigentums in die Aktienform muß man damit rechnen, daß zahlreiche kleine Leute einen Anteil an den großen Unternehmungen haben, und doch sie sich bei der einfachen Wertloserklärung der Aktien, ganz abgesehen von allen anderen Erwägungen, schwer durch die Revolution geschädigt fühlen, was unseres Interesse widerstreiten würde. Es ist auch nicht durchführbar, daß man einen Teil der Kapitalisten entkommt, einen anderen expropriert. Das gefährlich Gewordene ganz außer acht zu lassen, ist auch nicht möglich.

Wir wissen, daß es ohne Übergänge in der Geschichte nicht geht. Wir empfinden deshalb, daß eine sprunghafte Konfiskation mehr Schaden als Vorteile bringen würde. Wir

wissen, daß wir in den mittleren und kleineren Betrieben mit der Vergesellschaftung auf unabsehbare Zeit nicht vorgehen können. Daß wir aber durch die Konfiskation auch in diese Betriebe eine schwere Unruhe bringen würden, die nun gerade gefährlich wäre, wo die ganze Wirtschaft infolge des Krieges auf das schwere erschüttert ist und ganz außerordentlich leidet. Eine billige Ablösung entspricht also dem Interesse unserer Partei, die einen möglichst reibungslosen Übergang von der Privatwirtschaft in die Gemeinwirtschaft wünschen muß.

Wir schlagen diesen Weg vor, nicht um den Kapitalisten den Sozialismus schmachhaft zu machen, sondern weil wir glauben, daß wir damit am besten und mühelosesten zum Ziele kommen.

Der Übergang von der kapitalistischen in die sozialistische Ordnung ist, wenn das Bürgertum es will, ohne schwere Erschütterungen durchführbar. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse, ganz abgesehen von dem Willen der Sozialdemokratie, werden wir mit schweren Steuern die Eigentümer des Besitzes belasten müssen. Dazu hätte sich auch der alte Staat bei einem verlorenen Kriege genötigt gesehen. Im Interesse der Arbeiterschaft, im Interesse der Wiederherstellung ihrer körperlichen Kraft, die unter dem Kriege überaus schwere Einbußen erlitten hat, werden wir sehr tief einschneidende sozialpolitische Maßnahmen anzuwenden haben, die man jedermann als notwendig erweisen kann, und die unbedingt erforderlich sein werden. Auch

weitere starke Eingriffe in das Eigentum, vor allem in dessen freien Verfügbarkeit, werden sich ergeben.

So wird sich die Freude an dem Besitz mindern und die Vorteile des Besitzes werden bald nicht mehr so groß erscheinen, wie sie ehemals gewesen sind. Je loserer aber die Verbindung der Menschen durch den Besitz sein wird, mit desto geringeren Widerständen wird sich die Sozialisierung durchführen lassen, desto schwächer wird der Widerstand der Besitzenden gegen die Sozialisierung werden.

So sehen wir, daß die Sozialisierung der Produktionsmittel eine unumgängliche Notwendigkeit geworden ist, mehr noch durch den Krieg als durch die Siegreiche Arbeiterklasse erzwungen.

Wir sehen, daß die Sozialisierung notwendig ist im Interesse der Hand- und Kopfarbeiter, das sie selbst für die Kapitalisten erträglich gemacht werden kann.

Die größte Aufgabe, die unserer Politik, wie unserer Volkswirtschaft gestellt ist, die Sozialisierung, erweist sich als dringlich, als unabänderlich. Notwendig ist, daß wir alle zusammenwirken, um nach der Durchsetzung der politischen Revolution auch die soziale Revolution durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel mit Ruhe und Überlegung, mit nüchternem und fühlendem Verstande, aber auch ohne Uebertreibung, freilich stets das Ziel immer im Auge behaltend, im Interesse der Arbeiterklasse wie im Interesse unseres ganzen Volkes zu Ende führen.

Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte.

Zweiter Tag.

Vorsitzender Leinert eröffnet die Sitzung 9.15 Uhr. Das Haus ist wieder gut besetzt. Leinert teilt mit, daß sich eine demokratische Fraktion gebildet hat. (Hört, hört!) Ich bitte Sie, lassen Sie doch jedem Meinungsfreiheit!

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wird die Diskussion über den Bericht des Vollzugsrats fortgesetzt.

Hermann Müller vom Vollzugsrat stellt dem Vorsitzenden Richard Müller gegen die Behauptung bürgerlicher Blätter, er habe sich und seine Familie bereichert, das Zeugnis eines jederzeit operbereiten Menschen aus. Der wahre Untergrund zur Mißstimmung gegen den Vollzugsrat ist die falsche Auffassung, daß er entgegen dem Standpunkt der Regierung gegen die Nationalversammlung sei. Richard Müller trägt einen großen Teil Schuld daran selbst. Scharf verurteilt der Redner die politische Propaganda des Vollzugsrats. Ich sehe keinen Grund für die Behauptung, daß die Errungenschaften der Revolution in Gefahr seien. (Sturm. Beifall.)

Es wird ein Antrag gestellt und angenommen, daß mit Rücksicht auf die umfangreiche Rednerliste die einzelnen Landsmannschaften nur einige Redner stellen.

Nitsch-Augsburg: Nach dem gestrigen Benehmen der Liebknechtianer kann man es verstehen, daß sie manchmal zu der Ansicht kommen, als hätten sie die Macht. Aber Berlin ist nicht das Reich. (Beifall.) In Bayern sind seine Anhänger sehr dünn gesetzt. Wir brauchen dem Vollzugsrat nicht das Kontrollrecht über die Regierung zu geben. Selbst Eisner will den Räten unter keinen Umständen die Exekutive einräumen. Wir Bayern möchten, daß alles Trennende beigelegt und gemeinsam marxiert wird.

Rabe: Die Reichseinheit ist durch die Tätigkeit des Vollzugsrats sehr oft in schwere Gefahr gekommen. Die Geldwirtschaft ist ein Verbrennen. Warum hat man nicht eins von den vielen Büros des Vollzugsrats mit der Kontrolle der Finanzen beauftragt? Wir haben Gottschalk als tüchtigen Kameraden kennengelernt und auch Brüder ist ein ehrenwarter Mann (Heiterkeit), aber warum haben sie nicht für Reformen gesorgt.

Es wird beantragt, den gestern eingereichten Antrag auf Entmischung der Gegenrevolutionäre zu zur Diskussion zu stellen, doch der Antragsteller 20 Minuten Redezeit zur Begründung erhält. Der Antrag wird abgelehnt. (Zuruf von den Tribünen: Ihr seid Helden! Ihr habt ja Angst! Lachen im Hause.)

Brock-Niemehoff: Wie stellt sich der Rat der Volksbeauftragten zur Gegenrevolution? Man sieht die Offiziere angeblich auf ihrem Posten, um den Rückmarsch der Truppen ordnungsgemäß zu leiten. Sie haben aber die Arbeiter- und Soldatenräte aufgezögert, ihre Fahnen verbrannt und ihre Flaggenblattwörter verprügelt. (Zuruf: Namen nennen!) Sie geben mir ja keine Zeit dazu. (Lachen im Hause.) Was haben die Volksbeauftragten gegen die reaktionären Generale getan? Es liegt System in der Sache. An Hand von bekannten Befehlen usw. weiß der Redner auf das gegenrevolutionäre Treiben einzelner Generale hin. Warum hat man nur einen und nicht alle Generale abgeföhrt?

Ein Geheimbefehl des A.O.R. 19 verfügt auf Weisung der Heeresgruppe B, daß aus jedem Korps möglichst eine aktive Division mit aktiven Offizieren herausgezogen wird, die über die Demobilisierung hinaus bestehen bleiben soll. Sie soll reichlich mit Nahkampfmitteln ausgerüstet werden, desgleichen mit Maschinengewehren. Man solle den Magazinierungen lagen, daß sie gegen Plünderer und wegen der politischen Situation immer bei der Hand und Kampfbereit sein sollen. Was haben die Volksbeauftragten dazu getan?

Unter ungeheurem Beifall wird beschlossen, Brach weitere 10 Minuten Redezeit zu gewähren.

Brock (fortgesetzt): Hier ist der rechte Ort, die Frage zu beantworten: Was haben die Volksbeauftragten gegen die Konterrevolution getan? Wir haben durch abgeleitete Telephonanrufe festgestellt, daß sich die Industriebarone im Westen darüber unterhielten, auf welche Weise an diesem und jenem Ort die Ar-

beiter- und Soldatenräte abgelegt werden sollten. Wer regiert hier? Die oberste Heeresleitung oder der Rat der Volksbeauftragten? Wir werden den Beweis erbringen, daß alle gegenrevolutionären Maßnahmen im Westen mit den Schlossketten getroffen worden sind. Es ist jerner klar, daß die Beziehung der neutralen Zone durch die Feinde auf deutschen Boden in den Beitrag zur Verlängerung des Waffenstillstandes aufgenommen worden ist. Glauben Sie, daß der Putz vom 6. Dezember nicht mit all diesen Dingen im Zusammenhang steht? Wir fassen unsere Forderung dahin zusammen: Entwaffnung der Gegenrevolutionäre und Bildung einer roten Garde.

Wegmann vom Vollzugsrat berichtet unter allgemeiner Aufmerksamkeit des Hauses alle die bekannten Vorgänge, die zu dem Putz am 6. Dezember geführt haben. Wir brauchen ein Geetz, das gegenrevolutionäre Putz am unmöglich macht. Wenn Ihre Macht unterhöhlt ist, werden wir an Ihre Stelle treten.

Volksbeauftragter Landsberg: Ein solches Geetz ist unmöglich, denn weder Revolutionäre noch Gegenrevolutionäre pflegen vorher die Behörden von ihrem Vorhaben in Kenntnis zu setzen. (Heiterkeit.) Man darf nicht gleich nervös werden. Wir sind allen Gerüchten nachgegangen, aber es hat sich zum Beispiel nicht bestätigt, daß General Sigt von Armin einen gegenrevolutionären Erlaß herausgegeben hat. General Eberhardt ist von seinem Posten entfernt worden, mehr können wir nicht tun. Den verfehlten Geheimbrief haben wir sofort dem Kriegsministerium überwiesen. Wir stehen deswegen noch in ersten Verhandlungen mit der Obersten Heeresleitung. Was sollen wir weiter tun? (Zuruf: Lachstehen!) Aber erst müssen wir doch mal einen Tatbestand haben. Wenn ein Tatbestand feststeht, gehen wir gegen alle gegenrevolutionären Machenschaften schon rücksichtslos vor. Wir würden ja sonst den Auftrag abhängen, auf dem wir sitzen. Im übrigen kann ich mitteilen, daß der Kriegsminister gestern keinen Abchied eingereicht hat. (Zuruf: Beifall.) Richard Müller hat erklärt, objektiv sein zu wollen. Er hat als Erwartung übertragen. Sein Bericht war eine einzige Anklage gegen den Rat der Volksbeauftragten. Wenn jemand so wenig objektiv sein kann, sollte er lieber die Erstattung eines Berichts ablehnen. Der Bericht des Vollzugsrats hat den Tatbericht direkt ins Gesicht geplagt. Mit besonderer Sorgfalt hat sich Müller gegen den Verdikt gewehrt, daß der Berliner Vollzugsrat eine Diktatur erstrebe. Wenn jedoch eine Bestrafung im Reich besteht, so ist Richard Müller daran nicht unabhängig. Gerade er hat in öffentlichen Verhandlungen erklärt, der Rat der Volksbeauftragten sei vom Vollzugsrat eingezogen worden. Und könnte jederzeit davongejagt werden, wenn es dem Vollzugsrat passt. Wer so vorgeht, kann sich über den Vormarsch der Diktatur nicht wundern. Ganz jeder Tag drohte Konflikte, und noch in den letzten Tagen schon noch Auskreibungen dieses Kongresses, ist vom Vollzugsrat der Antrag abgelehnt worden, der Volksbeauftragte Ebert von seinem Platz zu entfernen. Müllers Verdienst ist es nicht, wenn der Antrag abgelehnt worden ist. Wenn der Berliner Vollzugsrat sich gegen den Verdacht schützen wollte, einen Diktator für das ganze Reich errichten zu wollen, dann müßte er am ersten Tage nach der Revolution diesen Kongress einberufen. Wir haben fortgesetzt darauf gedrängt, schon in den allerersten Tagen. Die Festnahme der Großindustrien war völlig unbegründet. (Zuruf: Na, na!) Offiziell ist Ihr Material besser als das Material des Vollzugsrats, denn einmal hat die französische Zusammenkunft überhaupt nicht stattgefunden, und dann wurde der Deutschen nicht Kellner in Dortmund und schließlich hat es gefestigt, daß er sich die Beschuldigten aus seinen Untergängen gefangen hat. Gewiß hat der Arbeiter- und Soldatenrat in Mülheim das Recht, wenn Gefahr im Verzuge ist, die Leute festzunehmen. Aber wie kommt der Berliner Vollzugsrat dazu, diese Dortmunder Sache zu untersuchen? Das steht nirgends geschrieben und der Rechtsaufstand kommt ins Bankenraum, jeder kann tun, was er will. (Zuruf: Wir sind in der Revolution!) Müller hat sich scharf gegen den Reichsschäftekretär Schäffer gewandt. Schäffer hat in seiner Rede gegen die Arbeiters

Soldatenräte kein Wort gesagt. Er hat nur erklärt, daß jetzt von verantwortlichen und unverantwortlichen Stellen sehr viel Geld ausgegeben würde. (Das genügt!) Sind Ihnen denn nicht alle bekannt, wo tatsächlich viel Geld ausgegeben worden ist? Die Arbeitnehmer und Soldatenräte sind vom besten Willen erfüllt und arbeiten teilweise recht geschickt. Ich erwähne als Vorbild den Magdeburger Arbeiter- und Soldatenrat, der in drei Monaten 6000 M. ausgetragen und dem Reich 1 Millionen Werte abgabt hat. Überall muß genaue Rechnung gegeben werden, denn wir sind der Geschichte verantwortlich. Wenn aber Müller sich darüber beschwert hat, daß wir dem Volkszugsrat keine Zahlungen angewiesen haben, so war das unrecht. Der Volkszugsrat hatte uns einen Entwurf vorgelegt, aus dem niemand blug wurde. Jetzt ist mitgeteilt worden, daß im ganzen etwa 600 000 M. ausgegeben worden sind. Am 11. Dezember aber wurden von uns 100 000 M. verlangt. Der Rat der Volksbeauftragten hat einstimmig die geforderte Ueberweisung abgelehnt und um einen klaren Entwurf ersucht. Der uns vorgelegte Entwurf entschied für 45 Volkszugsratmitglieder eine tägliche Entschädigung von je 50 M., für zwei Vertrauensleute von je 50 M., für 48 Vertrauensleute von je 40 M., für 42 Kuriere von je 40 M., für 48 Kuriere von je 30 M., 27 Stenotypistinnen erhalten je 25 M. und 183 Stenotypistinnen 15 M. Wir wissen heute noch nicht, was die Vertrauensleute und Kuriere zu tun haben. Wir haben das Kontrollrecht des Volkszugsrates niemals bestritten, aber er kontrolliert uns, nicht die einzelnen Behörden. Was haben wir alles erlebt! Der 55er Ausschuß hat beim Reichsmarineamt eine Kontrollfähigkeit entfaltet, die jedes Arbeiten so gut wie unmöglich gemacht hat, sogar das Verhandeln mit der Waffenstillstandskommission. Das ist gewiß kein böser Wille, aber es liegt in den Verhältnissen begründet. Deshalb muß Klarheit geschaffen werden.

Ledebour erhebt Einspruch dagegen, daß Landsberg über die Medizinkommission gesprochen hat. (Zuruf: Er ist Regierungsmitglied.) Das Unverständnisbedürfnis ist wirklich noch stark. Schon jetzt kann gar nicht, daß Ihr noch logar hinter dem bürgerlichen Parlamentarismus in England zurückbleibt? Aber wenn die Regierung länger sprechen darf, muß auch der Volkszugsrat länger sprechen. (Wah!) Seeger: Das ist selbstverständlich.

Riedel: Ledebour sollte sich schämen, denn er hat nicht aufgepasst. (Heiterer Beifall.)

Ebert: Wir beanspruchen kein Vorzugrecht. Landsberg kommt für die Mitteilungen, die er zu machen hatte, mit 10 Minuten nicht auskommen, deshalb wurde die Riedzeit verlängert. Ich glaube vor, auch einem Mitgliede des Volkszugsrates diese Riedzeit zu gewähren, aber im Übrigen sowohl für uns wie für den Volkszugsrat bleibt es bei den Bestimmungen der Geschäftsordnung.

Barth: Ich muß leider erklären, daß ich mit dem von Landsberg hier zum Teile Ausgeführt mich absolut nicht einverstanden erklärten kann. Wenn von einer Seite in dieser Weise unbeherrschbar in die Debatte eingegriffen worden ist, muß auch die andere Seite dieses Recht haben.

Der Vorsitz lag Ebert wird einstimmig angenommen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob jetzt ein Mitglied des Volkszugsrates das Wort nehmen wolle, meldet sich

Ledebour: Er polemisierte gegen Landsberg. Gerade im Fall Wels sei er sofort eingegangen. Die auch nach seiner Meinung überhörten Nachrufe seien durch eine Ansicht Soldatenräte, namentlich von Offizieren, in den ersten Tagen der Revolution veranlaßt worden. Diese Soldatenräte seien auch die von Lüdenscheid gerügt. Sie verdrängten 50 M. Dicthen seien nicht zu hoch. Die Volkszugsratmitglieder seien den Reichstagmitgliedern gleichzustellen. Die Reichstagsräte hätten ja, pro Kopf berechnet, ebenfalls in letzter Zeit auf 50 M. bestellt. Der Volkszugsrat habe auf seinen und des Generals Obuchs Antrag allerdings die Amtsentfernung Eberts gefordert. Der Grund lag in den Vorgängen des blutigen Freitag und der damit zusammenhängenden Nominierung Eberts zum Präsidenten der Republik. Er selbst habe Ebert gefragt: "Wenn Sie sich Ihrer Sitzung bewußt gewesen wären, seien Sie die Soldaten in Ihre Schranken zurückgewiesen." (Zuruf: Hat er ja auch getan!) Stein, das hat er eben nicht getan. Zuerst hat Ebert gar nichts geantwortet, und erst als der Soldat zum zweiten Male fragte: "Wollen Sie das Amt eines Präsidenten der Republik annehmen, ja oder nein?" legte er: "Das ist eine so wichtige Sache, daß ich sie mit den anderen Volksbeauftragten besprechen muß." Darüber muß das Kabinett entscheiden. Auch mit selbst sagte Ebert, als ich ihn zur Rede stellte: "Man kann in manchen Situationen nicht jedes Wort auf die Goldwage legen." Schließlich gab er aber zu, daß er die Entscheidung dem Rote der Volksbeauftragten überantwortet habe. Wenn Ebert unfähig ist und seine Worte nicht wahren kann, so gehört er nicht an keinen Platz. Der Rat der Volksbeauftragten hat doch sicher kein Recht, den Präsidenten zu ernennen, das muß doch Ebert auch wissen. Ein Mann wie er, zeigt, ist nicht würdig und fähig, Volksbeauftragter zu sein. (Beifall bei den Spatenküssen, kürmischer Widerdruck bei der Mehrheit und Rufe: Unterhört!) Die Soldaten sind ja auch nicht beschuldigt davon gegangen, sondern sind nach dem Abgeordnetenhaus gekommen und haben hier den Volkszugsrat zu verhören gefordert. Ich sage noch einmal: Ein Mann wie Ebert, der so ausweichend und ameideisch gehandelt hat, gehört nicht an seinen Platz. Er ist ein Schandmal für die Regierung. (Im Saal erhob sich ein großer tumult. Die Spartakus-Gruppe lädt Beifall. Die Mehrheit ist entrüstet und ruft: Wah!) Ledebour wird durch Barth verhindert, weiterzusprechen. Seeger zwangt verzögert die Sitzung. Der müste Lärm darunter an. Zwischenrufe. Von neuem großer tumult und der Lärm wird immer stärker, sobald Ledebour versucht das Wort zu ergreifen. Schließlich gibt Ledebour den Kampf auf und stellt sich hinter der Rednertribune auf. Parteiangehörige befürchten ihn, nicht auf das Wort zu verzichten. Er gelingt es dem Präsidenten, daß Ebert zu verzichten. Endlich verlässt die Verfehrung Ledebours. Ebert sei ein Schandmal für die Regierung, als ordnungswidrig, wozu endlich einigermaßen Rente eintritt. Während des ganzen Zwischenfalls und der nachfolgenden Ausführungen Ledebours war Ebert nicht im Saal anwesend.)

Ledebour, forschend, wendet sich auch weiter höflich gegen die Volksbeauftragten und wirft ihnen höchstliege Beschämung gegenüber dem Volkszugsrat vor; denn sie haben noch in der Runde der Bereitigung der Truppen in Stettin bei einer Zusammenkunft die Bereitigung verschwiegen. Nur so hat es kommen können, daß die Bereitigung nicht auf die Verfassung, sondern auf die Volksbeauftragten erfolgt ist. Ein Schauspielkollegium ist an die Stelle des früheren Monarchen getreten. Die Bürgerliche Gesellschaft liegt in Ebert und seinen Freunden die Schausuppe der Gegenrevolution. (Zuruf: Dittmann!) Aus Dittmanns Sicht seit Mitte 1916 därfte das Szenario einiges Vorläufiges der Sozialdemokratie, dem eine Revolution die unfehlbare verdeckte Gefahrheit zu folgen. Redner geht dann ausführlich auf die Verpflichtung der Revolution ein. Als der Zusammenbruch an der Front erfolgte, hielten wir die Zeit für gekommen. Wir hatten nach Besprechungen mit der Front eingewählt und vereinbart, daß die Regierung war ja so gütig gewesen, alle Revolutionäre einzusperren und in die Arme zu führen. Wir wussten, daß ganz Deutschland überreitet werden. Nun fanden die entzündenden Zusammenstöße statt, an der auch Hesse, Dittmann und Leibnitz teilnahmen. Sie beschlossen am 1. November loszugehen. Wir sagten, daß wir uns auf die Truppen verlassen und das zum nächsten Szenario der Herrschaft über Berlin bemühten könnten. Ein Plan sollte noch eine kurze Zusammenfassung der feindlichen Gesellen mit Vertretern der Betriebe feststellen. Und in dieser letzten Stunde waren Hesse und Dittmann, und legten die Zeit bei noch nicht zu. Sie sprachen eben nicht an den kommenden Tag der Wahl. Es wäre ja kein Wunder gewesen;

denn der "Vorwärts" hat ja bis zum letzten Augenblick die Revolution verhindert. Als es dann aber soweit war, werden Huwe und Dittmann in die Regierung berufen. Ich lehnte es ab, mit politisch vermittelten Personen einen Regierung zu bilden. Dittmann hat sich dann immer weiter nach rechts entwidelt. Seine gestreite Rede war das Siegel seines Zurückweisens. Mein Urteil über die Sozialdemokratiegruppe aber steht fest: Bis zur Revolution waren sie Nutznießer des Belagerungszustandes, nach der Revolution wurden sie Nutznießer der Revolution, und nach dem 6. Dezember sind sie Nutznießer der Gegenrevolution. (Lärm und Zischen bei der Röhrer und Uecker.)

Dr. Hauffenberg-Hamburg stellt keinen Geschäftsausordnungsantrag dahin, daß Wortmeldungen und Anträge für noch nicht in Angriff genommene Punkte untersagt und die Reden auf Landesmärschen zu verteilen sind.

Gottschalk-Königsberg beantragt Streichung des Wortes „und“ in dem Antrag Laufenberg.

Der Antrag Laufenberg wird mit der von Gottschalk beantragten Streichung angenommen.

Lauberg-München: Der Augsburger Delegierte hat das Vor gehen der bayerischen Soldatenräte unrichtig geschildert. Die von Eisner genannten Kompromittierten seien noch immer im Auswärtigen Amt. Arbeitet Sie hier ebenso entschlossen wie wir in Bayern. Bei uns gibt es nichts ohne die Räte; die Revolution bei uns hat Eisner gemacht. Uns ihr Träger haben wir ihm an die Spitze gestellt. Wir stehen bereit, in der Regierung Gegenrevolutionäre niederzuhalten. Daß sie marschieren, ist ohne Zweifel. Redner trägt einige Fälle von konterrevolutionären Übergriffen von Offizieren vor. Die Volksbeauftragten rüsten sich in weitem Umfang auf die bürgerliche Gesellschaft, und sind dadurch an der Gegenrevolution maßgeblich. Sie müssen entschledener arbeiten. Nichts darf ohne die Soldatenräte geschehen. Wenn Sie so arbeiten, kommen Sie normalis.

Es wird das Braunschweiger Wahlresultat mitgeteilt.

Mittagspause. Nachmittagssitzung.

Die Aussprache über die Berichte des Volkszugsrats und des Rates der Volksbeauftragten wird fortgesetzt.

Hessler-Chemnitz teilt mit, daß im Rheinland A- und S.-Räte schon vor der Befreiung durch die Feinde vom 7. Armee Korps aufgelöst wurden. Es besteht jetzt ein Neben-Regiment Hindenburg. Dittmann hat nur bei den Regierungssocialisten Beifall gefunden. Volksbeauftragte, die noch heute die Politik des 4. August für richtig halten, verdienen unser Vertrauen nicht. Dittmann forderte eine einheitliche Front gegen die Reaktion. Warum ist man vier Jahre lang mit dem Grafen Westarp zusammengegangen? Die Amnestie genügt uns nicht. Die Volksbeauftragten haben die Pflicht, gegen die Bevölkerung mit allen Mitteln rücksichtslos durchzugehen. Könnten Sie das nicht, dann sollen Sie von Ihrem Posten verschwinden.

Ein Schluszantrag wird angenommen.

Zu seiner Befreiung erhält noch das Wort Volksbeauftragter Barth: Ich habe in den letzten Wochen die Arbeit überall ausgeschöpft, nicht zu streifen, weil jeder Streit jetzt ein Kampf gegen die sozialistische Republik ist. Ich habe viele Angriffe einstecken müssen. Heute ist der Tag, wo es sich entscheidet, ob ich im Kabinett bleiben kann oder nicht. Soeben kommt ein Telegramm aus dem Osten, wonach unsere Truppen dort das Schicksal der Napoleonischen Armee droht, weil Letten und Polen Schwierigkeiten machen. Seit Wochen befürwortete ich leider vergeblich eine Verständigung mit Moskau und Warschau, aber gerade Landsberg war es, der aus Gründen der nationalen Ehre (Patrie) für die Aufrechterhaltung des Grenzschutzes eingetreten ist. (Hört, hört!) Jetzt erleben wir die Folgen dieser Politik. Vielleicht haben die Polen nur einen Vorwand gefunden. (Sehr richtig! rechts.) Mit nationaler Ehre aber hat das gar nichts zu tun. Wenn die Entente bestimmt, daß dieses oder jenes Gebiet Polen gehören soll, dann können wir nichts machen. Dem gegenüber sind wir willenlos. Wir sollten doch keine Vogel-Strauß-Politik treiben. Um das Prestige darf kein Tropfen Blut fließen. Nur durch eine Verständigung mit den Polen sichern wir uns Nahrung, Kohlen und Metalle. Sonst wird der Zusammenbruch, den wir dem schriftlich-verbrecherlichen Feind verbunden, noch schwächer. Jetzt kommt zum Grenzschutz im Osten noch der Grenzschutz im Westen. Der Rat der Volksbeauftragten hat die sofortige Demobilisierung angenommen. Aber was erleben wir? Am Sonnabend kommt ein Telegramm der Obersten Heeresleitung eingelaufen, das darauf hinausgeht, man solle im Westen hinter der neutralen Zone einen Grenzschutz schaffen, und das weiterhin Vorschläge mache über die Stellung der Grenzschutztruppen zu den Sicherheitstruppen der Soldatenräte. Über diese Fragen sind wir uns noch nicht völlig klar geworden, und wir haben beschlossen, von der Obersten Heeresleitung Auskünfte einzuholen. Diese Auskünfte waren bis Montag abend noch nicht eingetroffen. Das ist die einfache Sachlage. Von vielen Behörden und Angehörigen beider sozialistischer Parteien ist uns gegenüber die Notwendigkeit betont worden, hinter der neutralen Zone gewisse Sicherheiten zu schaffen, um Leben, Eigentum und Ordnung nicht jedem preiszugeben, der herüber kommt. Insbesondere haben Soldaten aus beiden Truppen eine gewisse Sicherheit für dringend notwendig erachtet. Aber die Frage ist noch offen; sie wird erst entschieden, wenn die Rückführung der Obersten Heeresleitung eingelaufen ist. Ist es angefachts dieser Sachlage gerechtfertigt, wenn ein Mitglied der Regierung, das wissen muß, mit welch ungeheuren Schwierigkeiten wir zu kämpfen haben, hier einen so wichtigen Antrag nach Schluß der Debatte in die Verhandlungen wirft? So einfach kann man schwierige Dinge nicht regeln. Wir müssen uns nach diesem Vorgehen vor behalten, zu prüfen, ob wir überhaupt noch in der Lage sind, unsere Arbeit weiterzuführen, wenn nicht Sicherungen und Verbesserungen getroffen werden. (Bischof, Lachen und Unruhe bei der Minderheit.) Die letzten Ausführungen über den Grenzschutz des Westens, über das Telegramm der Obersten Heeresleitung macht Ebert in seinem Namen und im Namen seiner Freunde im Rat der Volksbeauftragten.

Der Delegierte bemächtigt sich im Anschluß an dieses Nebenduell große Erregung. Die Minderheit verlangt fürmischt, daß auch ein Mitglied des Volkszugsrats sofort das Wort nimmt. Eine neue lange heftige Aussprache zur Geschäftsordnung jetzt ein. Von verschiedenen Seiten wird hervorgehoben, daß es ganz unmöglich ist, über den Antrag Barth noch weiter zu verhandeln. Die Mitglieder des Volkszugsrats, die auf der Ministerbank links vom Präsidenten Platz genommen haben, bereitigen sich durch laute Zurufe an der Aussprache und erwidern Zurufe aus den Reihen der Mehrheitssozialisten mit lärmenden Gegenkundgebungen. Minutenlang dauert der Lärm an. Schließlich nimmt ein Mehrheitssozialist mit großem Stimmzauber das Wort und verweist die Mitglieder des Volkszugsrats in ihre Schranken. Der Kongress sei ein Parlament, und in einem Parlament sei es ganz understand, daß Regierungsmitglieder sich in dieser Weise in die Verhandlungen einmischen. Die Volkszugsratmitglieder haben sich zu verantworten und sich im übrigen höchst ruhig zu verhalten. Auch die Tribünen, die durch lärmende Kundgebungen in die Debatte eingingen, hätten durchaus Ruhe zu bewahren.

Der Kölner Delegierte Haas beantragt Vertragung, denn in dieser gereizten Stimmung könne doch nicht weiter verhandelt werden. Man müsse ruhig Blut und einen fühlenden Ross bewahren. Bis Mittwoch könnten sich die Fraktionsvorsitzenden verständigen.

Ein Antrag, die Aussprache wieder zu eröffnen, wird mit großer Mehrheit abgelehnt. (Großer Lärm bei der Minderheit, worauf Seeger vorsichtig sucht, Ruhe zu schaffen. Allseitiger Zuruf: Leinert soll den Vorsitz übernehmen.)

Seeger: Von der rechten Seite wird dauernd versucht durch Lärm den Kongress zu sabotieren. (Stürmischer Widerspruch bei der Mehrheit.)

Garde-Kiel (USD) und Gottschalk-Königsberg (USD) breiten, daß hier die Mehrheitssozialisten den Präsidenten bestimmen. (Allseitige Zustimmung.)

Mitglieder der Fraktion der Mehrheitssozialisten protestieren erregt gegen den Vorsitz Seeger; gerade die intakten Freunde Seegers hätten nach Leinert gerufen.

Vorsitzender Leinert macht Mitteilungen von Verhandlungen des Präsidiums mit den Fraktionsführern. So könne es nicht weiter gehen. Der Kongress muß erst einmal arbeitsfähig gemacht werden. Das soll dadurch erreicht werden, daß nicht mehr jeder einzeln sich zum Wort melden und Anträge stellen kann, sondern das muß durch die Fraktionsführer geschehen. Insgesamt haben sich vier Fraktionen gebildet. Die Fraktion der Mehrheitssozialisten, die der Unabhängigen, die der Soldaten und der demokratischen Fraktion. Der letzteren gehören 21 Mitglieder an, die den Mehrheitssozialisten angehörenden Soldaten sollen der Soldatenfaktion beitreten. Es bleiben dann noch einige Wider-

Der Reichstag ist doch eine Einrichtung des Reiches. Einem Marine von solchen politischen Verständnis hat man Generalpolizei gegeben. Den Kriegsminister Scheidt habe ich persönlich nicht im getringtesten verdächtigt, aber doch er jetzt demissioniert hat, ist für mich der Beweis, daß er der konterrevolutionären Kräfte, die am Werk sind, nicht mehr Herr werden kann. Derartigen Machenschaften muß der Boden entzogen werden. Geben Sie dem Rat der Volksbeauftragten eine klare Vorchrift, und wer von den Volksbeauftragten glaubt, aus Bedenken der nationalen Ehre nicht folgen zu können, der möge ausscheiden. Nehmen Sie folgenden Antrag an:

Jedweder Grenzschutz, soweit er zur Demobilisierung nicht notwendig ist, d. h. lediglich Überwachung der Bahnen, ist sofort im Osten und Westen aufzuheben. Alle Truppen sind sofort zu demobilisieren. Alle Offiziere sind bei Ankunft in der Garnison zu entlassen, wobei die Kosten für die Ausbildung zu einem bürgerlichen Beruf zu übernehmen und bei älteren oder französischen Offizieren Pensionen zu zahlen sind. Die Volkswehr ist schließlich in ausreichendem Maße zu schaffen.

Wenn wir so beschließen, kann kein Mensch aus der bürgerlichen Gesellschaft einen Stein auf uns werfen. Wenn wir das tun zur Sicherung der Revolution, dann können wir auch mit gutem Gewissen überall für die Solidarität zur Entlastung im Interesse des Sozialismus, der Freiheit und der Allgemeinheit eintreten. Beschließen Sie so, dann haben Sie getan, was diese ernste Stunde von Ihnen im Interesse der Revolution fordert.

Nach einer langen Geschäftsausordnungssitzung ergreift das Wort.

Volksbeauftragter Ebert: Es ist schwer, ruhig zu bleiben angesichts des höchst mißverdächtigen Verfahrens, das Barth einschlägt. Wenn er nach Schluß der Debatte für sich das Recht in Anspruch nimmt, zu reden, hätte er die Pflicht zurückzuhalten. Es handelt sich um Fragen von der allergrößten Bedeutung. Barth hätte mindestens die Pflicht gehabt, sich vorher mit uns ins Benehmen zu legen. Das hat er nicht getan, sondern hat uns ganz unvorbereitet in diese Lage gebracht. (Zuruf: Unerhört!) Es handelt sich um Fragen, die im Kabinett einstimmig erledigt worden sind, oder die noch nicht erledigt waren. Zunächst unsere Truppen im Osten. Sogleich nach Übernahme der Regierung haben wir das Kriegsministerium und das Auswärtige Amt angewiesen, für schnelle Rückbewegung unserer Truppen in die Heimat zu sorgen. Aber selbstverständlich muß für einen ausreichenden Schutz gesorgt werden, sonst können unsere Leute nicht nach Hause kommen. Die Dinge liegen nicht so einfach wie Barth sie hingestellt hat. Die Lage im Osten enthält große Schwierigkeiten. Dazu gehört auch die Frage des Grenzschutzes. Auch hierüber hat im Kabinett vollständige Einigkeit gebracht. Eine Zeile lang bestand für die Grenzschutztruppe durch den Einfall polnischer Banden eine große Gefahr. Gewiß waren manche Mitteilungen übertrieben, aber wir müssen unsere Landesleute doch schützen. Daher haben wir einen Grenzschutz aus bodenständigen Truppen geschaffen, der mit den Polen gemeinsam arbeiten soll. Was sollen wir denn weiter tun? Sollen wir unter Land widerstandlos jedem Eintrudling preisgeben? Und dann beruht weiter unsere Kartoffel- und Getreideversorgung auf den Beständen in Westpreußen und Polen. Also müssen wir im Interesse unseres darbenden Volkes die Grenzen sichern. Hierüber hat es im Kabinett keine Meinungsverschiedenheiten gegeben.

Am Sonntag ill bei uns ein Telegramm der Obersten Heeresleitung eingelaufen, das darauf hinausgeht, man solle im Westen hinter der neutralen Zone einen Grenzschutz schaffen, und das weiterhin Vorschläge mache über die Stellung der Grenzschutztruppen zu den Sicherheitstruppen der Soldatenräte. Über diese Fragen sind wir uns noch nicht völlig klar geworden, und wir haben beschlossen, von der Obersten Heeresleitung Auskünfte einzuholen. Diese Auskünfte waren bis Montag abend noch nicht eingetroffen. Das ist die einfache Sachlage. Von vielen Behörden und Angehörigen beider sozialistischer Parteien ist uns gegenüber die Notwendigkeit betont worden, hinter der neutralen Zone gewisse Sicherheiten zu schaffen, um Leben, Eigentum und Ordnung nicht jedem preiszugeben, der herüber kommt. Insbesondere haben Soldaten aus beiden Truppen eine gewisse Sicherheit für dringend notwendig erachtet. Aber die Frage ist noch offen; sie wird erst entschieden, wenn die Rückführung der Obersten Heeresleitung eingelaufen ist. Ist es angefachts dieser Sachlage gerechtfertigt, wenn ein Mitglied der Regierung, das wissen muß, mit welch ungeheuren Schwierigkeiten wir zu kämpfen haben, hier einen so wichtigen Antrag nach Schluß der Debatte in die Verhandlungen wirft? So einfach kann man schwierige Dinge nicht regeln. Wir müssen uns nach diesem Vorgehen vor behalten, zu prüfen, ob wir überhaupt noch in der Lage sind, unsere Arbeit weiterzuführen, wenn nicht Sicherungen und Verbesserungen getroffen werden. (Bischof, Lachen und Unruhe bei der Minderheit.) Die letzten Ausführungen über den Grenzschutz des Westens, über das Telegramm der Obersten Heeresleitung macht Ebert in seinem Namen und im Namen seiner Freunde im Rat der Volksbeauftragten.

Der Delegierte bemächtigt sich im Anschluß an dieses Nebenduell große Erregung. Die Minderheit verlangt fürmischt, daß auch ein Mitglied des Volkszugsrats sofort das Wort nimmt. Eine neue lange heftige Aussprache zur Geschäftsordnung jetzt ein. Von verschiedenen Seiten wird hervorgehoben, daß es ganz unmöglich ist, über den Antrag Barth noch weiter zu verhandeln. Die Mitglieder des Volkszugsrats, die auf der Ministerbank links vom Präsidenten Platz genommen haben, bereitigen sich durch laute Zurufe an der Aussprache und erwidern Zurufe aus den Reihen der Mehrheitssozialisten mit lärmenden Gegenkundgebungen. Minutenlang dauert der Lärm an. Schließlich nimmt ein Mehrheitssozialist mit großem Stimmzauber das Wort und verweist die Mitglieder des Volkszugsrats in ihre Schranken. Der Kongress sei ein Parlament, und in einem Parlament sei es ganz understand, daß Regierungsmitglieder sich in dieser Weise in die Verhandlungen einmischen. Die Volkszugsratmitglieder haben sich zu verantworten und sich im übrigen höchst ruhig zu verhalten. Auch die Tribünen, die durch lärmende Kundgebungen in die Debatte eingingen, hätten durchaus Ruhe zu bewahren.

Der Kölner Delegierte Haas beantragt Vertragung, denn in dieser gereizten Stimmung könne doch nicht weiter verhandelt werden. Man müsse ruhig Blut und einen fühlenden Ross bewahren. Bis Mittwoch könnten sich die Fraktionsvorsitzenden verständigen. Ein Antrag, die Aussprache wieder zu eröffnen, wird mit großer Mehrheit abgelehnt. (Großer Lärm bei der Minderheit, worauf Seeger vorsichtig sucht, Ruhe zu schaffen. Allseitiger Zuruf: Leinert soll den Vorsitz übernehmen.)

Seeger: Von der rechten Seite wird dauernd versucht durch Lärm den Kongress zu sabotieren. (Stürmischer Widerspruch bei der Mehrheit.)

Garde-Kiel (USD) und Gottschalk-Königsberg (USD) breiten, daß hier die Mehrheitssozialisten den Präsidenten bestimmen. (Allseitige Zustimmung.)

M

hrtig, die sich an die ihnen am nächsten stehende Fraktion anschließen sollten, damit sie zum Wort kommen können. Die Volksbeauftragten sollen einmal nach dem Berichterstatter und dann nach jeder Rednerreihe das Recht haben, einzutreten. (Auruf: Vollzugsrat!) Der Vollzugsrat ist nach Erledigung des Punktes 1 der Tagesordnung als nicht mehr vorhanden zu betrachten. Seine Mitglieder mögen sich den betreffenden Fraktionen anschließen.

An dieser Stelle der Leinertischen Ausführungen erscheint plötzlich auf der Vorstandsempore eine Abordnung von etwa 30 Soldaten, von denen jeder von ihnen ein an einer Stange befestigtes Schild mit der Angabe seines in Berlin liegenden Truppenteils, Erstakorpsföderus usw., vor allem der Garde trägt. Sie nehmen zu beiden Seiten und hinter der Rednertribüne Aufstellung. Ihr Führer betritt den Rednerplatz und entnimmt seiner Mappe ein Schriftstück. Er verliest eine Erklärung, wonach die auf den Schildern angegebenen Truppenteile hinter der Regierung stehen, nämlich hinter der Regierung, die sich die Durchführung der sozialistischen Republik zur Aufgabe gemacht habe. Weiter wird in der Erklärung gegen die von reaktionärer Seite gewünschte Auflösung und Heimsendung der Volks-Marine-Division (Ledeboer ruft: Landesberat!), die sich als Revolutionstruppe besonders bewährt und gerade in der jüngsten Zeit sehr notwendig sei, lebhaft protestiert. (Lebhafter Beifall bei den Linkssocialisten.) Ferner wird die Verordnung erhaben: Einsetzung eines obersten Soldatenrates, der die Kommandowelt im Reich zu übernehmen hat. Verbot sämtlicher Kampftätigkeiten. Entlassung aller Offiziere. Entmischung und Abzeichenentfernung hat stattzufinden, sobald von den heimkehrenden Truppen die Waffen in der Kaserne niedergelegt sind. Schließlich wird erklärt, daß alles im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung Notwendige von den Soldaten ausgeschoben werde, und es wird verlangt, daß über den vorstehenden Antrag der Kongress sofort entscheidet. Diese Verleistung wird von den Linkssocialisten mit lebhaftem Beifall und handeklatschen angenommen.

Vorhender Seeger erklärt unter lebhafter Zustimmung, daß der Kongress nicht sofort entscheiden könne, da er aber den Antrag entgegennehme und zunächst darüber beraten werde, an welcher Stelle der Tagesordnung er zu verhandeln sei. (Entzündungsrufe bei den Linkssocialisten, die nach sofortiger Entscheidung verlangen.)

Ein Mitglied der Soldaten-Fraktion: Wir Vertreter der Frontsoldaten der Westfront, der Ostfront und der Südostfront begrüßen die Vertreter der Heimatarmee. Wir teilen Eure Schmerzen. Ihr könnt volles Vertrauen zu uns haben, die wir lange vor dem Kriege in der Partei und den Gemeinschaften gehabt haben. Volles Vertrauen, daß alle Eure Wünsche nach Möglichkeit erfüllt werden. Aber Ihr müßt einsehen, daß Eure Forderungen so bedeutungsvoll und weitgehend sind, daß sie reichlich überlegt werden müssen. (Widerspruch und Lärm. Salutgrüße.) Der Redner wendet sich gegen diese Kurze und sagt, es müsse wirklich einmal Schluß gemacht werden mit der Verherrlichung der Heimatarmee gegen die Frontarmee. Wir werden uns verteidigen, denn wir wollen das Einigende hervorheben und nicht das Trennende.

Ein Vertreter der Heimatarmee verlangt sofortige Beratung. Dieser wichtige Antrag sei dieses Parlaments durchaus würdig und auch lachlich durchaus gerechtfertigt. Im Interesse des Sozialismus und der Bekämpfung der Gegenteilung müsse die Sache sofort erledigt werden.

Beckert, Chemnitz, verlangt gleichfalls sofortige Erledigung. (Lärm und dauernde Unruhe.)

Vollzugsratsmitglied Ledeboer bittet, den Wünschen der Soldaten nachzukommen. (Auruf: Es ist schon spät, wir sind müde.) Ich bin der Alteste hier im Saal und Ihr jungen Leute könnt auch noch ausbarren. Gewiß, das Verlangen der Soldaten entspricht nicht parlamentarischem Gebrauch. Aber wir seien im Begriffpunkt der Revolution. Es kommt auf Stunden an. Besonders die Maroden verlangen Schutz gegen die Heze, die Landsberg gegen sie in Szene gesetzt hat. (Große Unruhe. Längere Zeit ist jedes geordnete Verhandeln unmöglich. Der allgemeine Wirrwarr steigt, eine völlige Auflösung greift an.)

Geberting-Bielefeld, der Vorsitzende der Fraktion der Mehrheitssozialisten, fordert seine Freunde zum Verlassen des Saales und zur Teilnahme an einer Fraktionssitzung im Festsaal auf. Ein Teil der Mehrheitssozialisten leistet der Aufforderung unterstellt. Rufen der Radikalen und der auf den Tribünen zahlreich vertretenen radikal gesinnten Besucher rufen, während der Mehrheitssozialist Geberting-Kreuz von der Ministerbank aus zum Verbleiben im Saal durch Rufe und Handbewegungen auffordert. Der Einzug nimmt von Minute zu Minute zu. Die Delegierten der Berliner Regierung erheben sich in lauten Verwünschungen gegen die Mehrheitssozialisten, die den Saal verlassen. Jede Disziplin scheint auf dem Kongreß völlig verloren gegangen zu sein. Schließlich achtet es dem Volksdeputirten

Gaase, sich Gebör zu verschaffen. Er findet die Erregung der Soldaten begreiflich, aber ebenso auch die Erregung der Delegierten des Kongresses. Der Einzug soll schließlich erledigt werden, aber ohne Ausprache können man zu keiner Entscheidung kommen. (Zustimmung. Lärmender Widerspruch der Soldaten-delegierten.) Eure Freunde werden nicht verkürzt werden. Gewiß, Ihr seid mißtrauisch, aber schließlich haben sich doch die Freunde nicht so abgesetzt, wie Ihr es immer befürchtet habt. Ich kann ruhig noch einen Tag warten. Ihr werdet nicht in Sicherheit gesetzt werden. Bei der Erregung, die uns alle ergreifen hat, ist es besser, wenn wir am Mittwoch an einer Stelle über den Antrag verhandeln. Heute bringen wir das doch nicht zustande. (Ein Teil der Mehrheitssozialisten fügt in den Saal zurück.) Die Soldaten-delegierten sprechen auf Gaase ein, daß sie mit der Verschiebung ihrer Forderungen nicht zufrieden seien.

Ledeboer nimmt gleichfalls in großer Erregung gegen Gaase Partei. Die Offiziere werben in den Kasernen, und das Mützen der Soldaten sei berechtigt. Vorsitzender Seeger bringt unter andauerndem Protest Ledeboer und den Delegierten der Soldaten den Antrag Gaase zur Abstimmung, gegen den nur ganz wenige Linkssocialisten stimmen. Das Abstimmungsergebnis wird von den Vertretern der äußersten Linken und den Zuhörern bejubelt mit ungewohntem Lärm aufgenommen.

Der Vorsitzende schließt schnell die Sitzung. Der Saal leer sich nur langsam, die Delegierten der Soldaten schwanken drohend die langen Stöcke, an denen die Plakate geleistet haben, gegen die Kongress-Zeilnehmer, ballen die Faust und halten in kleinen Gruppen, die sich um sie gebildet haben, in schreidendem Ton Ansprüche. Die Fraktionen treten sofort nach Abschluß der Verhandlung zu Sonderbesprechungen zusammen. Schlüß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Kleine politische Nachrichten.

Thüringen: Die Landesregierung hat bei der Staatsanwaltschaft zu Duisburg Antrag wegen vorläufiger und rechtswidriger Freiheitsverhinderung gestellt. Sämtliche Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats zu Mühlheim sowie des Polizeipräsidiums in Berlin werden angeklagt.

Der große Rat in Schaffhausen hat einen Antrag des Stadtpräsidiums angenommen, den Bundesrat in Bern zu erlauben, die verschieden badischen Gemeinden, die den Anschluß an die Schweiz beantragen, auf dem Friedenskongreß als zur Schweiz gehörig zu fordern und der Republik Baden eine Entschädigung zu zahlen.

Kriegsminister Scheu ist zurückgetreten. In Vergessenheit gerufen wurde Landrat Th. von Walzhausen, den A. und S.-Rat abgelegt.

Aus Süden und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 18. Dezember.

Zum Wahlkampf

für die Nationalrats- und Bürgermeisterswahlen gehört Geld, Geld und nochmals Geld, genau so wie zum Kriegsführen. Die Partei muss gestärkt werden und hat deshalb das Wahlkomitee die Ausgabe von Sammelblättern beschlossen.

Sammelblätter können ab heute im Parteisekretariat, Johannisstraße 50, in Empfang genommen werden.

Arbeiter! Bürger! Soldaten! Sorgt für die Stärkung unseres Wahlkunds.

Wie werden die Frauen wählen?

Um Wahltag zur Nationalversammlung und zur Bürgerschaft treten die deutschen Frauen zum ersten Male an die Urne, um ihr Stimmengewicht bei der Bildung des Reichsparlaments mit in die Weihachtskasse zu werben, zu einer Wahl, die die Gestaltung des neuen Deutschlands entscheiden wird.

Wem werden die Frauen ihre Stimme geben? Hundertfältig hören wir die Frage. Einfach scheint die Antwort. In Wirklichkeit ist sie doch verwirchter, als mancher denkt.

Im allgemeinen werden die Frauen wählen wie ihre Männer, ihre Väter, ihre Brüder — soweit sie in deren Gedankenkreis leben. Viele Frauen sind aber heute nicht nur auf eigene Existenz, sondern auch auf eignes Geistesleben gestellt. Sie ringen um ihr Dasein im gewerblichen Schaffen. Massen von Frauen bevölkern die Fabriken. Sie sind erfüllt vom Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit der um ihren Aussiedler kämpfenden Klasse der Arbeitenden. Wie diese Frauen wählen, darüber kann kein Zweifel sein.

Der Krieg hat ihre Zahl gewaltig vermehrt. Er hat Frauen unter sie geworfen, die vor dem Kriege nur im engen Kreise des Haushalts lebten und vom Gedanken der Organisation wie vom politischen Denken kaum angehaucht waren. Sie mit Eifer und Liebe zu sozialistischem Denken zu erziehen, ist ein dringendes Gebot der Stunde.

Ein starker Helfer bei solcher Erziehungsarbeit ist die vom Kriege, seinen Leiden und seiner Trauer geschaffene Stimmung und die Hoffnung der ganzen leidenden Menschheit auf die Sozialdemokratie als den endlichen Erlöser aus dem Kriegselend. Es gilt, zum klaren Bewußtsein gerade dieser Kreise zu bringen, daß die Sozialdemokratie tatsächlich einen außergewöhnlichen Kampf für den Frieden vom Beginn des Krieges an geführt hat! Nicht zu vergessen den Kampf, den die Sozialdemokratie in der Ernährungsfrage gegen die Eigenschaft der Besitzenden geführt hat, und ihr erfolgreiches Eintreten für die fortgesetzte Verbesserung der Kriegsunterstützungen.

Die Frauen und Mädchen, die sich im Dienstverhältnis befinden, werden heutzutage zu einem großen Teile den Kreisen entstammen, deren Grundrichtung sozialdemokratisch ist. In den engen gesellschaftlichen und geistigen Schranken, in die das Dienstverhältnis sie hält, kann aber selbst der Einfluß des Gedankenkreises, aus dem sie hervorgegangen, beeinträchtigt werden. Aufgabe des Elternhauses ist es daher, die Töchter, die Kinder überhaupt, über die politischen Vorgänge und über die Bedeutung der kommenden Wahlen auf dem laufenden zu halten und ihnen die Richtung zu zeigen, die sie im eignen wie im Menschheitsinteresse gehen müssen. Das bisherige Los der Dienstboten und die Wohltat, die ihnen die sozialdemokratische Regierung durch Aufhebung der „Gefindeordnung“ genannten Sklavereigesetze erwiesen hat, werden dabei einleuchtende Gründe von besonderem Wert bieten. Die seltenen „Ausgehetage“ der Dienstboten müssen dabei allerdings eifrig benutzt werden.

Wohl der Sozialdemokratie, wenn sie es verstand, das Frauen geschlecht auf die Höhe politischer Einsicht zu erheben! Wohl dem Gemeinwesen, in dem menschlich führende, aber auch klarwährende Frauen die Entscheidung mit in Händen halten!

Die Freude der Freiheit, die Unterdrückter von ehedem, die bisherigen Gegner des Frauenwahlrechts sehen jetzt ihre Hoffnung auf die vorhin noch rechtlosen Frauen, sie rechnen auf den Unterstand der Frauen als ihren gewaltigsten Helfer!

Die republikanische Soldatenwehr! Vom Presse-Bureau des Arbeiter- und Soldatenrates erhalten wir folgende Zuschrift: Der bürgerliche Teil der Bevölkerung in Stadt und Land ist über unseres Entschluss, eine republikanische Soldatenmehr zu bilden, teils beunruhigt, teils entrüstet, möglicherweise auch nicht der geringste Grund vorliegt. Die Bildung der Soldatenwehr erfolgte auf Weisung der Reichsregierung. Sie soll in der Hauptstadt dazu dienen, eventuelle Putzheide sowohl von Anhängern des alten Regimes als auch solche von spartakistisch-bolschewistischen Wirkungen zu verhindern oder zu unterdrücken. Die Errichtung der Wehr erfolgt also im Interesse der Bevölkerung, um Ruhe und Ordnung zu bewahren. Auch zu den Klagen über die durch die Unterhaltung entstehende Belastung liegt nicht der geringste Anlaß vor. Die Kosten tragen die Militärverwaltung und fallen der Bürgerlichkeit durchaus nicht zur Last. Der Aufwand dafür ist weit geringer als die Unterhaltung gewisser losspieliger Formationen der alten Kaiserlichen Regierung. Zum anderen ist auch die republikanische Wehr vorläufig nicht als dauernde Einrichtung gedacht. Sie wird nur bis zur Schaffung gesetzlicher Institutionen in Funktion bleiben und dann aufgelöst werden, falls nicht aus ihr Mannschaften und Führer in das zukünftige — wahrscheinlich nach Schweizer Muster zu organisierende — Volksheer als Berufssoldaten übertraten werden. Die Wehr ist also zunächst als Sicherheitstruppe gedacht und soll für die gesamte Bürgerschaft in der gegenwärtigen Zeit Schutz und Sicherheit bedeuten.

Berichterster der Arbeiterbewegung treibt jetzt unter den Binnenschiffern ihr unheilvolles Handwerk. Haupttreiber ist hier Schünning in Berlin, der frühere Reichsleitersteuer der Binnenschiffer im Deutschen Transportarbeiter-Verband. Dieser Quertriebler, der seinerzeit in beredten Worten der Einheit der Arbeiterbewegung und der Verschmelzung das Wort redete, hat jetzt plötzlich entdeckt, daß für die Binnenschiffer eine eigene, selbständige Organisation notwendig ist. Da er aber wohl selbst nicht daran glaubt, daß vom die Binnenschiffer in größerer Zahl Gewaltlosigkeit lernen, so will er auch das Gewerbe und ionische Transportarbeiter in seinem Verband dulden. Er kostet jedenfalls, in diesen Kreisen mehr Leute zu finden, die seinen anarchistischen und syndikalistischen Ideen folgen. Bei den Binnenschiffen dürfte er sich allerdings verrechnet haben; sie wissen, daß sie nur in einer großen, geschlossenen Organisation ihre Interessen am wirkamsten vertreten können. Es kann nur begrüßt werden, daß gestern abend in einer gut besuchten Mitglieder-Versammlung der Binnenschiffer die Brüder des Schünning durch den Genossen Schramm in Hamburg aufgedeckt wurden. In eingehender Weise legten er und Genosse Stelling die Gefährlichkeit derartiger Verschwörungen-Bestrebungen für die Binnenschiffer und die Arbeiterbewegung dar. In einer einstimmig angenommenen Resolution wiesen die Binnenschiffer alle Verschwörungsbestrebungen von sich und erklärten, nur zur Einheitsorganisation zu stehen. Mehrere aus Kenntnis der Schünning-Gruppe beiaetretene Kollegen ließen sich in die Einheitsorganisation aufnehmen. Ferner erkannte in der gestrigen Versammlung Genosse Schramm Beifall über die Verhandlungen bez. des neuen Tarifes, dessen Grundzüge wir an-

anderer Stelle wiederabdrucken. Die Versammlungen stimmen bestimmt zu. Zum Schluß richtete Genosse Stelling noch einige warme Worte an die Versammlungen zur regen Teilnahme und Agitation zu den Wahlen zur Nationalversammlung.

In einer Versammlung des Vereins für Frauenstimmrecht, die am Sonnabend tagte, sprach Parteisekretär Genosse Brumm über die sozialen und wirtschaftspolitischen Forderungen der Sozialdemokratie. Er hatte aufmerksame Zuhörer. Der Redner schilderte zunächst die Natur der gegenwärtigen Umwälzung und versuchte, den Hörern deren Notwendigkeit breitlich zu machen. Bei uns war bisher das Autoritätsprinzip im Obereinkommen viel zu ausgeprägt und die politische Gleichgültigkeit breiter Schichten zu groß, als daß sich viele mit den neuen Verhältnissen vertraut machen könnten. Namentlich unter den Frauen und der Jugend müsse in politischer Erziehung vorsichtig geholt werden. Redner schilderte dann in großen Zügen sowohl den grundsätzlichen als den praktischen Teil des Erträger Programms, namentlich er wies auf das Wirken von Marx und Engels verwiesen hatte. Er verwies auf den naturnotwendigen internationalen Charakter des Sozialismus, der aus der Gleichheit des kapitalistischen Produktionsprozesses und seine Wirkungen auf die Arbeiter zu erklären sei. Von den Forderungen der Sozialdemokratie seien durch die Revolution viele verwirklicht worden. Darunter ja auch das Frauenwahlrecht. Redner schilderte die Kämpfe darum und wies darauf hin, daß bis vor ganz kurzer Zeit einzige die Sozialdemokratie für die politische Gleichberechtigung der Frauen gekämpft habe, während die bürgerlichen Parteien sie ablehnten. Genosse Brumm setzte dann recht klar und zingher die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel auseinander und schilderte deren Wirkung auf die Kapitalisten und die Arbeiter. Erstere sollten Abholzungsrenten erhalten. Letztere würden als unter dem kapitalistischen System. Die Sozialisierung dürfe aber nicht ins Blaue hinein gelangen, sonst würde die Produktion kosten und die Arbeiterschaft am meisten schädigen. Vor allem müßten wir vorher den Frieden haben und die Rüstungsproduktion. Auch durch Arbeiterschutz, Tarifverträge und Preisfestsetzungen könne sozialisiert werden. Zuletzt schilderte der Vortragende noch den Charakter, die Stellungnahme und Ziele der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Spartacusgruppe, wobei letzter durch eine Welt von der alten Sozialdemokratie getrennt sei. Die eingehenden, wohl durchdachten Ausführungen des Redners wurden von den Zuhörern mit starkem Beifall aufgenommen. Wegen der vorausgetragenen Stunde fand nur eine kurze Debatte statt.

Vollständige Naturfunde. In der letzten Versammlung hielt Herr Oberlehrer Dr. Bud einen hochinteressanten Vortrag über „Die Arbeit des fließenden Wassers“. Der Vortragende schilderte zunächst die Bildung der Schichten am Grunde der Meere, der marinen Schichten, durch Ablagerung. Es sind Kalke, Tone, Sande usw. Durch Sedimentation gelangten diese Schichten an die Oberfläche und treten dann gebirgsbildend auf. Die Mittelgebirge Deutschlands sind nur Überreste von Hochgebirgen, welche die Meere an Höhe einst weit übertrafen. Die Arbeit des fließenden Wassers ist es, die unablässige Kraft für Schicht abträgt und überall neu gestaltet und formt. Die Wirkung des Regenwassers können wir an jedem Sandhaufen beobachten. Über selbst die härtesten Felsen werden mühelos zerstört, wenn das Wasser in seine Spalten eindringen kann und dort gefriert. Da in jedem Gebirge harte und weiche Schichten ineinander wechseln, das Wasser zunächst aber die leichten fortträgt, so entstehen erst eigenartige Gebilde. Die bekannten „Wackelsteine“ verdanken z. B. auch dieser Tätigkeit ihr Dasein, ebenso manche Meere und Höhlenbildung. Recht eingehend wurde die Talbildung geschildert. Instrukutive Schaubilder und prächtige Landschaftsaufnahmen dienten zur Erläuterung. — Der reiche Beifall der Zuhörer bewies, daß es Herrn Dr. Bud gelungen war, den Stoff so zu gestalten, daß alle den klaren Ausführungen bis zuletzt mit dem größten Interesse folgten. Im Frühling wird vermutlich ein Ausflug Herrn Dr. Bud Gelegenheit geben, manches im Blüte Geblüte draußen zu zeigen. — Aufgenommen wurden 55 Personen, ferner lagen 24 Aufnahmegerüste vor.

Die Kriegsschiffe. Ust. Schuhfärberei gibt bekannt, daß jetzt die Reparaturen bis Nr. 800 am Donnerstag in Empfang genommen werden können. Wer seine Schuhe bis 800 in Reparatur gegeben hat, wird gut tun, diefelben noch vor dem Fest in Empfang zu nehmen. Auch findet am Donnerstag und Sonnabend wieder die Abgabe von Sobeln zum Selbstbefüllen statt.

Ein Lübecker Heimatkalender für 1919 hat die Lübecker Vereinigung für vollständige Kunst durch Prof. Brochhaus herausgegeben. Aus dem Inhalt sei hervorgehoben: Wattenfahrt von Schomburg; Das Brodter Steilstufen von Dr. Schwarz; Untere urgeschichtlichen Denkmäler von Prof. Dr. Hofmeister; Untere Museen und Sammlungen von Prof. Dr. Schäfer, Prof. Dr. Steger, Prof. Dr. Karus und Prof. Dr. Lüdinghoff. Der Preis des hübsch ausgestatteten Kalenders, der in allen hiesigen Buchhandlungen zu haben ist, beträgt 1,20 Mk.

Hannover. Anfolge einer Aenderung im Spielplan des Carl-Schulze-Theaters in Hamburg kann das Gastspiel des Herrn Zralow am freitag nicht stattfinden. Gegeben wird dafür das beliebte Singpiel: „Sag ein Knab' ein Röhrlein stehn...“! Die ersten Aufführungen des Weihnachtsspiels „Was das Christkind brachte“ finden nun bestimmt am Sonntag, den 22. d. nächsten Mittags und abends statt.

Diebstähle. Aus einem Hühnerstall eines Hauses am Brink sind 18 weiße Hühner und ein gelber Hahn gestohlen worden. Den Tieren ist von den Dieben an Ort und Stelle der Kopf abgeschnitten worden. — Aus einem Hause in der Rahderstraße sind 6 große graue Kaninchen und einem Gärtner an der Stadtweide eine Ziege aus dem Stall gestohlen worden. — Einem Kaufmann in Wendorf a. d. O. sind in der Nacht zum 17. d. M. 2 Pakete schwarze und braune Damenschürzen, 20 weiße Schürzen, 1 Dz. Damenhemden, für 350 Mk. weiße Söhne, 6 dunkle graue Sweater, 1½ Dz. Babynäden, 1 Dz. Kindershemben, 17 weiß-blau und rosafarbene Kinderkleider, 9 Wienerkittel und 100 weiße Spiegelkragen mittels Einbruches gestohlen worden. Für die Wiedererlangung der gestohlenen Sachen steht der Behohne eine Belohnung von 500 Mk. zu. — In der Nacht zum 17. d. M. sind einem in Rohledorf wohnenden Landmann ein Schimmel und eine Fuchsfoxe mit weiter Wiese gestohlen worden. Beide Pferde sind über 20 Jahre alt.

Entta. In einer günstigen Finanzlage befindet sich unser Fürstentum Lübeck. Trotzdem in den letzten Jahren verschiedentlich hohe besondere Ausgaben, u. a. für Kriegszulagen an Beamte, zu decken waren, und trotzdem nur 50 bis 75 Proz. der Einkommen- und Vermögenssteuer erhoben wurden, schloß das Finanzjahr 1917 wieder mit einem derart hohen Kapitalexcess ab, daß im Finanzjahr 1918 wieder nur 50 Prozent der Einkommen- und Vermögenssteuer erhoben wurden. Trotzdem bleibt das Finanzjahr 1919 wieder nur 50 Prozent der Einkommen- und Vermögenssteuer erhoben. Trotzdem bleibt noch ein Schlußbetrag ungedeckt. Die Finanzlage im früheren Herzogtum ist die Industrie während des Krieges sehr gelitten. Die Folge davon war, daß der Landeskasse nur verhältnismäßig geringe Erträge aus den Steuern zuflossen, und deshalb immer größere Zehntverträge durch Steuerzulagen zu decken waren. Auch im Steuerjahr 1919 müssen wieder 150 Prozent der Einkommen- und Vermögenssteuer erhoben werden. Trotzdem bleibt noch ein Schlußbetrag ungedeckt. Die Finanzlage im früheren Herzogtum ist auch seine allzu rostige. Im Finanzjahr 1919 sind 115 der Einkommen- und Vermögenssteuer zu zahlen. Trotzdem bleibt noch ein Betrag von ca. 5 Millionen Mark ungedeckt. — Zum Wahlkommis für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung für den 14. Wahlkreis (Provinz Schleswig-Holstein und Fürstentum Lübeck

Rehfeld. Vereinigung dreier Gemeinden zu einer Stadt. Nachdem sich bereits die Bewohner der Gemeinden Reinfeld, Neuhof und Steinhorst in einer Abstimmung für den politischen Zusammenschluß dieser Orte ausgesprochen hatten, haben jetzt auch die Gemeindevertreter der genannten Gemeinden der Vereinigung zugestimmt.

Barmstedt. Als ein Zeichen der Zeit darf folgende einzige, die in der "Barmstedter Sta." veröffentlicht wurde, gelten: „Ich tausche, keine wolle Kostüm- und Anzugware in blau gegen Gänse. 2/4 Meter 180 Centimeter breit blau Kostüm gegen eine 12pfündige Gans. 6.40 Meter Stoff zu 2 Anzügen, 140 Centimeter breit, prima Qualität, gegen 16pfündige Gans, ausgeschlachtet. Offeren unter usw.“

Niel. Über die Wahlen von Vollzugsausschüssen der A.- und S.-Räte in den Kreisen Schleswig-Holsteins wird verordnet: „Im Laufe von 8 Tagen haben die A.- und S.-Räte jedes Kreises, soweit das noch nicht geschehen ist, eine Delegiertenversammlung zu veranstalten, auf der im Sinne des neuen Statuts ein Vollzugsausschuss für den Kreis zu wählen ist. Wo zwei Kreise gemeinsam arbeiten wollen, ist eine Delegiertenversammlung der Räte beider Kreise zu bilben. Über die Wahl ist unverzüglich an die Beigeordneten beim Regierungspräsidenten in Schleswig-Holstein zu berichten, die dann eine Bestätigungsurkunde schicken werden. Die provisorische provinziale Regierung, zum Auftrage: Ed. Adler, Beigeordneter beim Regierungspräsidenten.“

Niel. Abgabe von Anzügen an Minderbemittelte. Die von der Marine-Intendantur überwiesenen blauen Anzüge für die minderbemittelte Bevölkerung sind von hervorragender Güte. Die Grenze der Minderbemitteltheit wird nicht

Bekanntmachung.

In der Säuglings- und Kleinkinderfürsorgeleile III, Langer Löberg 6/8, lädt die Veratungsstunde am Dienstag, dem 24. Dezember 1918, aus. (7040)

Lübeck, den 17. Dezember 1918.
Das Jugendamt.

Allgemein. Ortsfrantenfasse

In der Weihnachtswöche können die Haushaltstage der freiwilligen Mitglieder nur am Montag, ausnahmsweise auch noch am Dienstag bei der Feste angenommen werden. (7047)

Der Vorstand.

Sonntag früh entdeckt plötzlich und unerwartet unsere kleine süße

Lisa
im ganzen Alter von vier Monaten. (7038)

In diesem Schmerz Rudolf Paul u. Frau

geb. Janßen, Rudy, Senta und Erich Paul.

Wilh. Janßen u. Frau

geb. Langhaar.

Frida Janßen.

Lübeck, 15. Dez. 1918.

Beerdigung findet am

Freitag vorm. 10.15 Uhr

in Vormerk statt.

Elektromotoren

durchaus selbstständig arbeitend (gelernte)

sofort einsatzfähig. (7016)

Joh. Hartz, Johannis-

straße 22.

Für Stockelsdorf - Faden-

burg eine

zuverlässige

Zeitungsausstragerin

sofort gefragt.

Sped. d. Lüb. Volksboten.

Gebraucht

Zeitungsträgerbil

vertrag einige Stunden bei.

7039 Begleiter, Motorvor. 75.

Graut zum 1. April eine

2-Zimmer-Wohnung. Angeo.

unt. A. J. o. d. Sped. d. Bl.

Zu verkaufen eine Wohnung

mit Balkon, Schluhs. Kühl-

truhen. 7019

Retrofenster 18. 1. Et.

Zu verkaufen 1 guteq. Bau-

tauer, stabil.

7020 Schrank. 32.

Berch. militär. Sachen g. of.

z. Höhe Gr. 57 u. dergl. mehr.

7020 Königsl. 52. II.

eine große 2-türige Kupfer-

Küche zur Einrichtung billig zu

verkaufen. 7021

Puppenwagen

zu verkaufen.

7022 Puppenwagen 1.

Eine Sandkastenwa. Zich-

dhorn, Stelen, 2 Steinba-

cken und beste Schalen

billig zu verkaufen.

7023 Kastenkasten. 40. 5. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

1. 2. 3. 4. 5. Et. 6. 7. 8. 9. Et.

Die Neugestaltung des Erziehungssystems.

Das neue preußische Kultusministerium erlässt Aufrufe an die Lehrerchaft und Schülerchaft der höheren Schulen, die die Richtlinien für eine Neugestaltung des gesamten Erziehungssystems in freiheitlichem Geiste aufstellen. Ein Aufruf an die Lehrerchaft, von der die wissenschaftliche Objektivität im Unterricht und die Unterlassung jeglicher politischen Verhetzung verlangt wird, heißt es:

Deutschlands furchtbare Niederlage stellt auch den Erzieher vor eine schwere Probe, der Einsatz und des Charakters. Es liegt nahe, nunmehr in der Jugend das Gefühl von Hass und Rache gegen unsere Feinde zu nähren und dabei des Glaubens zu sein, daß man lediglich ein hochgefeiertes vaterländisches Empfinden in der Jugend zu wecken sucht. Wir müssen uns auf ernste gegen diesen billigen und mit ungelernten Trieben arbeitenden Patriotismus wenden; Hass und Rache gegen die Feinde darf auf keinen Fall der Jugend gepredigt werden, auch dann nicht, wenn die Feinde uns offensichtlich Unrecht tun. Mit dem Gedanken eines Nachkrieges darf nicht gespielt werden. Immer müssen wir aber an der Hoffnung und dem Willen festhalten, daß einstmals der Völkerbund auf der Erde ganz aussterbe, daß dieser Krieg der letzte gewesen sei. Wir bestehen unverzüglich darauf, daß jedenfalls nie wieder die Schule zur Stätte der Völkerverhetzung und Kriegsverherrlichung werde. Der Aufruf willst, daß die Erzieher sich nicht als Vorgelehrte, sondern wesentlich als die älteren, helfenden und führenden Kameraden ihrer Schüler betrachten oder wenigstens im amtlichen Verkehr mit den Schülern diesen die Freiheit des Wortes und der Überzeugung einräumen.

Der Aufruf an die Schüler erklärt, daß sie in Abetracht der auch von der Jugend gebrachten Opfer nicht mehr als unreife, unmündige Klasse behandelt werden, vielmehr unter eigener Verantwortung an der Gestaltung ihres Lebens mitwirken sollen. Dazu werden folgende Einrichtungen bestimmt: An sämtlichen höheren Lehranstalten findet alle zwei Wochen einmal eine Schulgemeinde, d. h. eine völlig freie Aussprache von Lehrern und Schülern über die Angelegenheiten des Schullebens, Disziplin, Ordnung usw. statt. Die Leitung der Versammlung hat ein von der Schülerchaft in geheimer, gleicher Wahl ernannter Lehrer. An der Schulgemeinde hat der Schulleiter und das ganze Kollegium teilzunehmen, sowie alle Schüler von Obererstufe aufwärts. Die Schulgemeinde kann ihre Wünsche und Meinungen in Form von Entschließungen zum Ausdruck bringen. Anordnende oder gesetzgebende Befugnis hat sie jedoch zunächst nicht. In der Schulgemeinde hat jeder Schüler und Lehrer eine Stimme. Sie beschließt mit einfacher Mehrheit. Die Schulgemeinde wählt aus der Schülerchaft einen Schülerrat, der ständig die Interessen der Schüler zu vertreten und im Einvernehmen mit der Schulleitung und der Lehrerchaft für Ordnung zu sorgen hat. Den Schülern wird völlige Freiheit zur Bildung unpolitischer Vereine im Rahmen des geltenden Rechts gewährt.

Wir erwarten von der Jugend, führt der Aufruf fort, daß die neue Freiheit nicht zur Entfesselung niedriger Triebe missbraucht wird. Insbesondere würde es einer edlen Jugend unwürdig sein, sie zu irgend einer Ungehörigkeit oder gar Rache für früher erfittertes Unrecht zu benutzen. Wir hoffen, daß die neuen Möglichkeiten zur Mitwirkung an der Gestaltung Eures Schul- und Gemeinschaftslebens Euch mit einem neuen Gefühl der Mitverantwortung für die Zukunft unseres Volkes und mit freudigem Eifer zur inneren Erneuerung von Schule und Jugend erfüllen werden. Wir versprechen, daß wir die Arbeit der Jugend von allen sinnlosen und verrotteten Resten der überlebten Zeit befreien und nach den Forderungen der neuen Zeit und der einzigen Werte der Menschheit umgestalten wollen. Möge die Jugend durch Ernst und Treue ein Vertrauen rechtfertigen, wie es ihr bisher in der Geschichte noch nie entgegengestanden ist.

Rohrbach über die Revolution.

Der bekannte Weltpolitiker Dr. Paul Rohrbach, der auch in Lübeck 1916 für großimperialische Ziele eintrat und im Marmorsaal behauptete, nach Erklärung des unbeschränkten Unterseebootskrieges werde in Deutschland manche Flasche guten Weines getrunken, läßt sich jetzt über die Revolution so aus:

„Es ist erstaunlich, wie viel Mäßigung und Disziplin selbst die Revolution bei uns zeigt, wenn man nicht auf die angerichteten Zerstörungen, Zerstörungen und Tollheiten

sieht, sondern darauf, daß im Verhältnis zu einer so ungeheurem Umwälzung die anarchistischen Kräfte und die Leidenschaften keine größere Rolle spielen. Das ist eine Aktivseite im Revolutionskonto.“

Gegenüber den bürgerlichen Verbrechen, die es gerne so darstellen, als herrige im revolutionären Deutschland Terror, Auslösung und tiefe Anarchie, wird man sich auf dieses Zeugnis eines Rechtsliberalen, dem seinerzeit die Lübecker Gesinnungsfreunde zuzubeten, berufen können.

Krieg und Kriegsfolgen.

Wittenbergs interniert. Wie „Az Est“ meldet, ist Generalfeldmarschall v. Mackensen von der ungarischen Regierung interniert worden. Ein Vertreter der ungarischen Regierung teilte dem Feldmarschall mit, daß die Gattenten am Ende auf seiner Internierung bestehen.

Siebenbürgen für Rumänien. Eine Deputation der Siebenbürgen rumänischen Regierung ist nach Bukarest gefahren, um König Ferdinand die Oberhoheit über Siebenbürgen anzubieten.

Deutschlands Menschenverluste. Über die Höhe der deutschen Verluste im Weltkrieg können wir bis zum 30. November folgende authentische Zahlen mitteilen: 1 600 000 Tote, 203 000 Vermisste, 618 000 Gefangene, 4 064 000 Verwundete; Gesamtverlust 6 490 000.

Süd-Afrikanische Unabhängigkeitsbestrebungen. In Bloemfontein ist ein Kongress zusammengetreten, um eine Abordnung nach Europa zu schicken, die auf der Friedenskonferenz für die Unabhängigkeit der Kapprovinz, Transvaals, Natal und des Orange-Freistaates eintreten soll.

Neue Schiffswräge. Aus Antwerpen wird offiziell gemeldet: Die Alliierten haben sich ernsthaft mit dem Ausbau des Hafens von Antwerpen beschäftigt. Vier neue Schiffswräge sind in der Bildung begriffen und vier englische, drei französische sowie zwei amerikanische Firmen haben nun Auseinandersetzung nachgeführt.

Wertvolle Beute. Aus Mecheln wird gemeldet, daß unter der wertvollen Beute, die die Deutschen auf dem Bahnhof zurückgelassen haben, sich auch eine Kiste mit sechs Millionen Mark befindet.

Rücktransport deutscher Truppen. Aus Finnland sind bisher fünf Dampfer mit deutschen Truppen abgefahren. Estland wird bis zum 20. Dezember geräumt sein. Von den bisher in der Türkei befindlichen deutschen Formationen sind bisher 19 Flüge durch die Ukraine nach Deutschland gerollt. Ein Transport von 625 Militärpersonen aus Konstantinopel ist nach einer Fahrt von 3½ Wochen am 13. Dezember wohlbehaltet in Berlin eingetroffen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Sie bleiben Monarchisten.

In einer Berliner Versammlung der neugegründeten „Deutsch-nationale Volkspartei“ sagte der frühere Abg. v. Kardorff:

Wir werden mit jeder Regierung arbeiten, die uns Ruhe und Ordnung verschafft. Damit verleugnen wir aber durchaus nicht unser Bebenkritis zum monarchischen Prinzip. Wir vergessen auch in diesen dünnen Tagen nicht, was die Hohenzollern für unser Land und Volk geleistet haben. Wir werden die Ruhe und den Frieden des Landes nicht stören, aber wir geben die Hoffnung nicht auf, daß die Mehrheit des deutschen Volkes sich zum monarchischen Prinzip erkennt.

Weiter bezeichnete Herr v. Kardorff die Revolution als das größte Verbrechen, das am deutschen Volke begangen werden konnte. — Junfer bleibt Junfer.

Die Unabhängigen gegen die Spartakus-Gruppe.

Die „Freiheit“, das Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, beschäftigt sich eingehend mit der Politik

der Spartakus-Gruppe und kommt dabei zu folgendem Schluss:

„Wir lehnen nach wie vor die vom Spartakus-Bund nach russischem Vorbild geforderte Minderheitsdiktatur, verkörpert im Sowjetystem, ab. Wir sind hierbei keine grundsätzlichen Gegner der Diktatur. Aber wir wollen diese Diktatur, gestützt auf den Willen der Mehrheit des Volkes, der sich nur verlor, wenn kann in den Formen der Demokratie. Nicht in jenen, die sich fälschlich als Demokratie ausgeben, sondern in solchen, die bereit von allen kapitalistisch-bürgerlichen Fälschungen und Verbrechen, den Minderheitswillen des gesamten Volkes in Gesetzgebung und Verwaltung treu zum Ausdruck bringen. Das ist der eine grundsätzliche Gegensatz zwischen uns und dem Spartakus-Bund, der sich sowohl in seiner ganzen bisherigen Praxis, wie aus seiner letzten programmatischen Erklärung ergibt.“

Liebknecht.

Auf Einladung des Kommandeurs der Garde-Kürassiere hielt Liebknecht einen Vortrag in der Kantine des Regiments. Zu dieser Einladung gab die von Liebknecht mehrfach aufgestellte Behauptung Veranlassung, die Garde-Kürassiere ließen sich, angefeindet von ihren Offizieren, zu gegenrevolutionären Treibereien gebrauchen. Seine Rede schloß mit einem Appell an die allgemeine sozialistische Weltrevolution.

Der Kongress der Sowjets in Moskau landete Liebknecht seinen proletarischen Gruss und in seiner Person dem ersten aldeutschen Sowjetkongress. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß das deutsche Proletariat Hand in Hand mit dem russischen zum Kommunismus führen werde.

Der Demonstrationstreik in Berlin.

Zu den Demonstrationen, deren Teilnehmerzahl von der „Roten Fahne“ auf 250 000 angegeben wird, stellen „Vorwärts“ und „Freiheit“ ziemlich übereinstimmend auf Grund zahlreicher Zuschriften fest, daß die Arbeiter über den Charakter der Demonstrationen absichtlich im unklaren gelassen wurden. Sie hätten vielleicht für, aber jedenfalls nicht gegen die Nationalversammlung demonstriert wollen. Auch wurde ihnen gesagt, die Reichskonferenz der Rote sei in Gefahr.

Am Dienstag vormittag fand im Trepontower Park eine große Kundgebung aus Anlaß der Reichskonferenz statt. Als Redner sind zum ersten Male seit der Parteispaltung die bekanntesten Vertreter beider sozialdemokratischer Parteien angegeben.

Spanien.

Eisenbahnerstreik. In Madrid legten die Angestellten sämtlicher Eisenbahngeellschaften die Arbeit nieder.

Portugal.

Canto Castros wurde zum Präsidenten gewählt.

Wirtschaftliches.

Die Nordsee-Fischerei freigegeben.

In der Dienstagsitzung der deutschen Kommission und der Besichtigungskommission der Entente wurde die Nordsee-Fischerei in der deutschen Bucht freigegeben. Die Grenzen dieses Gebiets gehen von Horntrift-Feuerschiff über Helgoland, Borkum-Wriest, Westerend-Feuerschiff bis zur Cismündung. Über die Freigabe der Fischerei in der Ostsee wird die gegnerische Kommission sich erst nach Kenntnisnahme der Bedingungen des verlängerten Waffenstillstandes äußern.

Fertilwaren statt Kanonen.

Die Friedr. Krupp A.-G. in Essen hat den Plan erwogen, einen Teil der durch Einstellung der Munitionserzeugung freigewordenen Anlagen für die Herstellung von Fertigerzeugnissen nutzbar zu machen. Die Firma hat ein Preisauskriterium erlassen, um Vorschläge für die Aufnahme neuer Betriebsanlagen zu erhalten. Sie wird zunächst das Ergebnis dieses Ausschreibens abwarten.

Was Deutschland liefern soll.

Im neugebildeten Wirtschaftsausschuß der internationalen Waffenstillstandskommission, an der deutsche Sachverständige aller

Mutterfreuden.

Roman von H. Salomon.

11. Fortsetzung.

Der Landrat erklärte weiter: „Unsere Regierung unterstützt deshalb auch überall, wo sie sieht, daß es von Vorteil ist, solche Bestrebungen, die darauf hinzweisen, sowohl der Industrie, als auch den Bauernbewohnern großen Nutzen zu bringen. So ist das auch hier bei Euch der Fall. Ich will annehmen, die Bahn käme deshalb nicht zu Stande, weil einige oder die Mehrzahl der Bauern solch hohe Preise für das nötige Land forderten, daß sich diese nicht mehr bezahlt machen könnte. Dann würde diese Bahn dennoch gebaut werden. Zwar ginge sie nicht durch Eure Ortschaft hindurch, sondern einige Meilen abseits von hier. Wer hätte denn nun den Schaden? Doch nur wir ganz allein, denn eine Bahn bringt überall den regeren Verkehr und den besseren und billigeren Austausch zwischen Anfrage und Bedarf herbei. Deshalb ist es mit tatsächlich unverständlich, wie man sich gegen eine solche Segensbringende Verkehrsstraße mit aller Gewalt sträuben will. Da ich nun aber wohl recht unterrichtet bin, daß die Mehrheit von Euch ein Entwidrigungsverfahren für das zu erwerbende Land bei der Regierung beantragen will, so kann ich Euch heute schon mitteilen, daß die Regierung dazu ihre Genehmigung sofort erteilen wird. Ich möchte nun gern einmal von denjenigen Bauern die Gründe hören, weshalb sie gegen den Bahnbau so eifersam, ob ihr Land nicht ohne weiteres zu dem normalen Preis hergeben wollen. Welelleicht bin ich im Irrtum, diese dann aufzuklären.“

Alle Anwesenden hatten mit großem Interesse die Ausführungen des Landrats verfolgt. Ab und zu nickten einige von ihnen beifällig mit dem Kopfe. Andere wieder schüttelten ungläubig das Haupt. Wie der Landrat nun fragend im Kreise umherblickte, besehrte der Schmied als erster das Wort dazu.

„Eigentlich“ so hub er zu sprechen an, „ist zu dem sehr verständigen Erklärungen des Herrn Landrats nichts mehr hinzuzufügen. Aus diesem Grunde möcht ich deshalb in erster Linie alle anwesenden Großbauern bitten, endlich ihren Trotz aufzugeben und vereint mit allen Bewohnern Hand in Hand zu gehen, damit unser Ort bald in die Reihe der deutschen Städte eingegliedert wird. Deshalb: hingeg mit dem starken Eigenan. Wir wollen gerade heute dem Herrn Landrat gegenüber uns als ein einheitliches Ganzen zeigen.“

Die Großbauern aber, es waren ihrer sieben im Rate vertreten, hatten schon eifrig die Köpfe zusammengelegt. Die fünf älteren Männer, welche sie dem ruhig lächelnden Landrat zuhörten,

der Schmied geendet hatte, da knurrte der Bauer Jürgens heraus:

„Ich möchte auch mal was dazu sagen!“

Alle rückten fast unmerklich näher aneinander heran, und eine spannende Erwartung bemächtigte sich der Aufhörbenden, denn der donnende Ton des Bauern glich einem verhaltenen Geitter, welches jede Minute zum Ausbruch kommen mußte.

Der Bauer Jürgens zog erst noch einige Male, um dann mit verhaltener Stimme anzufangen:

„Es ist alles ganz gut und ganz schön, was uns da der Herr Landrat vorerzählt hat, bloß wir Bauern sehen für uns gar keinen Nutzen dabei. Wenn der Herr Graf sagt, daß unser Boden beim Bahnbau nicht gewinnen, ja zum Teufel noch mal, warum sollen wir denn beim jetzigen Verkauf nicht schon den Nutzen im voraus haben? So meinen wenigstens meine Nachbarn hier. Ich aber, Herr Landrat, gebe Ihnen heute die Erklärung ab: Weil man mich, den Bauern Jürgens, mit Gewalt zwingen will, von meinem Grund und Boden etwas herzugeben, daß so lange noch ein Blutsstrom in meinen Fäusten steht, ich niemals auch nur das kleinste Stückchen Land hergebe. Mein Land“, rief er dabei mit dröhrender Stimme aus, indem die beiden Fäuste mit furchtbarem Gewalt auf die Tischplatte fausten, „das gehört mir, mir allein! Und wenn selbst der Kaiser dahinter säme und was davon forderte, ich gäb ihm nicht! Auf dem Sterbebett von meinem letzten Vater, da hab ich ihm geschworen, daß der Hof so bleibt wie er ist. Wenn ich ein Stück Land dazu erwerb, so ist's besser! Aber niemals darf ich das kleinste Stück von dem Hof ablassen. So hab ich geschworen, und so halt ichs auch! — So, nun wißens, Herr Landrat!“

Eine drückende Stille herrschte nach dieser Rede des Bauern. Selbst dem Grafen war es etwas unheimlich geworden. Eine seltsame Stricke Abneigung seitens eines Bauern hatte er nicht erwartet. Hier galt es jetzt seine Autorität diesem Manne gegenüber zu beweisen. Deshalb erwiderte er stirnrunzelnd:

„Hört mal, Jürgens. Ihr scheint wohl vergessen zu haben, wer ich bin. Ich bin Euer Vorgesetzter hier und vertrete die Regierung. Ihr scheint von unseren Gelehrten sehr wenig Ahaung zu haben, denn sonst kommt Ihr nicht solche Reden führen. Ich hoffe, daß Ihr Euch noch recht bald eines Besseren besinn.“

Dabei reichte er seine hohe hagere Gestalt empor, um so dem Bauern noch mehr zu imponieren.

Darin aber hatte er sich gewaltig geirrt, denn wenn er gesagt hatte, dem Bauern etwas Respekt einzuflößen zu können, so mußte er zu seinem Scheiden sehen, daß er gerade das Gegenteil herausgefunden hatte.

Dunkelrot im Gesicht, die kleinen Augen wie mit Blut unterlaufen, so erhob sich jetzt der Bauer von seinem Sitz.

„Schauten mal an, Herr Landrat“, rief er mit verhältnismäßig Spott. „Schulmeistern möchtens mich wohl noch! Na nee, so dummkäns wir denn doch auch nicht. Es ist gar noch nicht so lange her, wo uns der Herr Landrat sagte, daß dem Bauern sein Land für immer und ewig erhalten bleiben muß. Dafür würde schon unsere Regierung sorgen, denn hat der Bauer Geld, so hats die ganze Welt. Jetzt heißtts auf einmal: erst kommt die Industrie, dann kommt sie nochmal und dann kommt erst der Bauer. Aber freilich, Herr Landrat“, rief er mit giftigem Blick zu ihm hin, „wenn man so'n lieben Schwiegersohn als Besitzer von der Zuckerfabrik hat, dem die Bahn so recht mündgerecht wäre, da kann man sich schon ins Zeug legen. O ja, Herr Graf!“

Bei dieser plötzlichen Anschuldigung wechselte der Landrat jäh die Farbe. Doch rasch hatte er sich gefaßt und tief den Bauer drohend zu:

„Jürgens, Jürgens! Mahret Eure Jungs! Kleine Jagdmeilegenheiten haben hier nichts mit der Sache zu tun und gehen Euch gar nichts an. — — Weil Ihr aber meint, im Recht zu sein und darauf pocht, so will ich Euch bald befrieden. Ihr wollt den Kampf! Nun gut. Ihr sollt ihn haben!“

„Schon recht, Herr Landrat!“ hörte der Bauer. „Wollen sehen, ob noch eine Gerechtigkeit in unserem Lande gibt. Bloß das eine Jagd ich heute schon, wer es weißt, meinen Grund und Boden ohne meinen Willen zu betreten, dem Herr Graf, gäbt schlecht! Sehr schlecht! — Und gibts ein Unglück dann, Herr Landrat, find Sie mit dran schuld! — So, das ist mein letztes Wort, nun tut, was Ihr wollt. Ich geh!“

Damit nahm er seinen Hut und Stock und verließ, gefolgt von seinen Freunden, mit kurzen Gruss das Zimmer.

Die zurückbleibenden Rathausmitglieder sahen sich nach diesem unerwarteten Ausritt gegenseitig hilflos an. Einen folgenden Ausgang in dieser Sache hatten sie nicht erwartet und fühlten sich in ihrem erinnerten Sitz sitzen. Denn das Zwischenrath war ebenso wie die anderen Räume des Rathauses aus feinem Holz gebaut. Bisher war niemand jedes Zentimeter und Streit ganz gemütlich gefühlt worden. So etwas aber wie heute war denn doch noch nicht dagewesen. Sie funktionierten den Bauer Jürgens nur zu gut und wußten auch, wann es zum Neuersten kam, es sehr wahrscheinlich ein Unglück im Dorfe geben würde.

Solche und ähnliche Gedanken beschäftigten die verbliebenen Mitglieder, und als der Landrat diese Gedanken erneut brachte er entschlossen das dämliche Schweigen. Fortwegend folgte

Bewerbe teilnahmen, wurde von den Franzosen für Elsass-Lothringen gefordert: monatlich 315 000 Tonnen Röls, 105 000 Tonnen Kohlen, 112 000 Tonnen Manganerze und 40 000 Tonnen Metallensichtstoff. Außerdem wurde die Ablieferung von Maschinen erfordert, Triebriemen und elektrischen Motoren aus den östlichen Gebieten je nach Bedarf der elsass-lothringischen Industrie, sowie die Belieferung des französischen Departements mit deutschen Brennstoffen gefordert. Die Verhandlungen waren vorläufig ergebnislos.

Aus den befreiten Gebieten.

Die Nahrungsmittel-Zufuhr.

Das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz hatte sich an die Gesellschaften vom Roten Kreuz in Schweden, Dänemark und Holland mit der Bitte um Überweisung von Lebensmitteln für Kinder, Frauen, Greise und Kranken gewendet. Aus Stockholm ist jetzt die Antwort eingelaufen, in der es heißt, das schwedische Rote Kreuz würde mit anderen Rotkreuzen der Neutralen sich an die Schwesternorganisationen in den Entente-Ländern mit der Bitte wenden, bei ihren Regierungen zu intervenieren, damit wenn möglich Lebensmittel für arme Kranke und schwer Unterernährte unmittelbar unter neutralen Rot-Kreuz-Kontrollen nach Deutschland versandt werden.

* Getreide unterwegs — für die Alliierten.

Die erste große Flotte mit Getreide für die verbündeten Länder Europas ist von Philadelphia nach Rotterdam abgefahren.

Aus den befreiten Gebieten.

Der französische General Lecomte ist in Südbaden eingezogen.

Der Oberkommandierende der englischen Feldarmee, Marshall Haig, ist in Köln eingetroffen.

In Elsass-Lothringen sind außer der französischen Währung auch die französischen Postwertzeichen eingeführt worden.

Wilson will das Weihnachtsfest bei den amerikanischen Truppen in Trier verbringen.

Aus der Partei.

Unabhängige oder Spartakusleute?

Der Braunschweiger Volksfreund, das jetzige Organ der Parteiplattform in Braunschweig, bemerkte zu dem Wahlausfall zur Stadtverordnetenwahl einleitend u. a.: „Die größte Anzahl der Stimmen vereinigte sich auf unsere Kandidaten, damit das Eigengewebe der bürgerlichen Parteien und ihrer Presse über aus Spartakusleute und Bolschewisten zerstreut.“ Wie aber aus dem angefügten amtlichen Wahlergebnis hervorgeht, trug die Liste 4, die die größte Stimmenzahl auf sich vereinigte, das Slogan: „Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands“. Was sagen dazu diejenigen Unabhängigen, die bisher jede Gemeinschaft mit den Spartakusleuten und Bolschewisten ablehnten? Wir halten es für selbstverständlich, daß sie gegen diesen Mißbrauch des Namens ihrer Partei entschieden Verwahrung einlegen.

Gewerkschaftsbewegung.

Neue Erhöhungen der Bergarbeiterlöhne. Die Verhandlungen der Bergarbeiterverbände mit dem Zeichenverband führten zu dem Ergebnis, daß weiterer 15 Prozent Erhöhung der Durchschnittslöhne sämtlicher Bergarbeiter vom 1. Januar ab. Diese Erhöhung wurde gewahrt im Vertrauen darauf, daß die Arbeitnehmer eine Kohlenpreiserhöhung durchsetzen werden. — Dieser Bewilligung ist die radikale Streitbewegung im Ruhrgebiet noch nicht zum Stillstand gekommen. Die Zahl der Streitenden betrug für die Montags-Morgen- und Mittagschicht zusammen über 20 000 Mann, was einen Förderausfall von mindestens 18 000 Tonnen täglich ergibt.

Für die Binnenschifffahrt wurden auf dem Vertretertag der gegenseitigen Verbände neue Vereinbarungen getroffen, die vom 1. Januar bis zum 31. März 1919 Geltung haben: achtständige Arbeitszeit, ununterbrochene Nachtruhe von 8 Stunden, mindestens 3 freie Tage im Monat. Bootssleute erhalten möglicherweise 60 Pf. Steuerlohn, Maschinisten und Schiffsführer entsprechend mehr. Leibständen und Feiertagsarbeit werden besonders bezahlt.

Kreis der Berliner Brückenmaschinenmeister. Heute steht ist ein Aufstand der Berliner Maschinenmeister ausgebrochen. Es handelt sich um Lohnforderungen. Die Morgenzeitungen verschiedener Blätter, in den „Berliner Volks-Anz.“, des „Berl. Tagess.“, der „Volks-Anz.“ und der „Berl. Morgenpost“ standen nicht herauskommen. Es ist Hoffnung auf eine baldige Einigung vorhanden.

Aus Nah und Fern.

Eine Begeisterungsrede in der Nähe Berlins. In Kelheim bei Friedersdorf, Kreis Oberbarnim, wurde das Ehepaar Hölsch von Begeisterern überfallen und ermordet. Darauf traten die Männer in die Geiselnahme, die dem Ehepaar gejagt hatten und ermordeten sie die 18jährige Tochter und warfen die Leiche in den Keller. Sie durchwühlten und räumten, was sie in der Wohnung fanden.

Beruhigte Schiebungen. Der militärlich-polizeilichen Wachab Abteilung Überwachungsstelle Danziger Straße ist es gelungen, ehemalige im Werte von etwa einer Million Mark auf dem Wege des Schleimschandels verschwinden sollten, für Allgemeinheit zu retten. Beamtenvertreter, zwei Generäle, einer aus dem Hause zurückgekehrten Divisionenstafette haben mit Hilfe gefährlicher Verdächtiger, die sie sich gegenstellt, die ihnen angetretenen mit Marktentwertungen beladenen Dokumente verfaßt, um den Erfolg für sich zu behalten. Der ganzen Dienststelle gelang es, im letzten Augenblick den größten Teil der Waren zu beschlagnehmen und der Heeresverwaltung wieder zurückzugeben. Auch das aus dem Erfolg der bereits verajten Waren erzielte Geld mußten die Schieber der Staatspolizei wieder abgeben.

Über Ausfertigungen in Danzig schreibt das „S. Tagbl.“: „Sozeitig wurde auf dem Bahnhof die Rote Fahne entfernt und durch eine schwarz-weiße ersetzt. Infolgedessen zögerte eine große Anzahl Arbeiter zusammen und holte die schwarze Fahne vom Bahnhofsgebäude wieder herunter. Es waren fünf Jüge, die mit Wachtmännerwaffen die Straßen besetzten. Es wurden drei Wachtmänner gefangen gesetzt und eine große Anzahl Gefangener bereit. Es wurde zwar viel geschossen, jedoch schaut es ohne Rote und Schwarzfahne aus.“

Großes gräßliches Unglück fielen in Böhwinkel (Rheinland) drei Schüler und ein Bahnhofbeamter zum Opfer. Auf dem Balkon des alten Bahnhofs standen drei Schüler eine Gruppe, die herumhantierten. Das Geschoss explodierte, die Schüler starben in Stücke gerissen und der Bahnhofbeamte durch Splinter tödlich getötet, das er darüber.

Es ist höchste Zeit

die Lübeckische Staatsangehörigkeit zu erwerben. Nur wer sie besitzt, kann bei den im Februar stattfindenden Bürgerschaftswahlen wählen. Wahlberechtigt sind alle 20jährigen bei beruf und Geschlecht.

Die Staatsangehörigkeit wird beim Stadt- und Landamt beantragt. (Bureauöffnungen von 8—1 und 3—6 Uhr).

Notwendig sind folgende Papiere:

1. Geburtsurkunde des Antragstellers.
2. Heiratsurkunde oder Trauschein.
3. Geburtsurkunde der minderjährigen Kinder, die Beirichtigung der unter 1 bis 3 bezeichneten Urkunden ist nicht erforderlich, wenn der Antragsteller hier geboren, vor dem heutigen Standesamt die Ehe geschlossen hat, und wenn die Kinder hier geboren sind)
4. Ausweis über die bisherige Staatsangehörigkeit, (unter Vorlegung des Geburtscheins in Preußen im Alter von 21 Jahren beim Landratsamt des letzten Wohnsitzes, im Alter von unter 21 Jahren beim Landratsamt des Geburtsortes; in Mecklenburg beim Ministerium des Innern; im Fürstentum Lübeck bei der Regierung in Lütin nachzusuchen)
5. Militärpapier,
6. Namenschein des Einwohnermeldeamts und, eventuell Gewerbeanmeldebeschein.

Also heißt Euch. Der Erwerb ist kostenlos!

so wie die Bekanntmachung

L. 100/6. 17. R. R. A., betreffend Höchstpreise von Rind, Rot-, Darm-, Gemüse-, Hunde- und Schweinefleisch und Seehundfellen, vom 13. Juni 1917, treten außer Kraft, soweit sie sich auf Rind, Rot-, Darm-, Gemüse-, Hunde- und Schweinefleisch beziehen.

Artikel II.

Die Bekanntmachungen

1. L. 800/4. 17. R. R. A., betreffend Beschlagnahme, Verhandlung, Verwendung und Meldepflicht von rohen Kanin-, Hasen- und Rehköpfen und aus ihnen hergestelltem Leder, vom 1. Juni 1917,
2. L. 900/4. 17. R. R. A., betreffend Höchstpreise für rohe Kanin-, Hasen- und Rehköpfe, vom 1. Juni 1917, treten außer Kraft.

Artikel III.

Die Bekanntmachung

- L. 700/7. 17. R. R. A., betreffend Höchstpreise von rohen Großviehhäuten und Rindshäuten, vom 20. Oktober 1917 sowie die Bekanntmachung L. 700/11. 16. R. R. A., betreffend Höchstpreise von Kalb-, Schaf-, Lamms- und Ziegenfellen, vom 20. Dezember 1916 erhalten folgenden

S 2a.

Die Sammelstelle zahlt den zugelassenen Großhändlern und den zugelassenen Verbänden von Häuteverwertungsvereinigungen außer dem Höchstpreis als Beihilfe zu den Kosten der Einrichtung und Unterhaltung der Verkaufsstände eine monatlich abzurechnende Vergütung von vier v. H. vom Neubauungsbetrag des in dem betreffenden Monat von der Sammelstelle gekauften Gesäßes.

Artikel IV.

Der § 3 der Bekanntmachung

- L. 700/7. 17. R. R. A., betreffend Höchstpreise von rohen Großviehhäuten und Rindshäuten, vom 20. Oktober 1917 erhält folgende Fassung:

S 3.

Grundpreis.

Der Grundpreis darf höchstens betragen:

	für	Klasse I	Klasse II	Klasse III
1. a) Häute von Kindern, Kühen und Ochsen,	für 1 kg Grüngewicht			
b) Rinder und Kälber, welche mit Kopf 10 kg und mehr, ohne Kopf 9 kg und mehr Grüngewicht haben	1,90	1,70	1,65	
2. Rindshäute	1,80	1,60	1,55	
3. Rindshäute, Ponys und Maultierhäute von 220 und mehr cm Länge (Längenmaß I	50,75 M.			
4. dersgl. unter 220 cm Länge (Längenmaß II)	20,20			
5. Fohlenfelle, Schafe und Maultierschäfte von 150 und mehr cm Länge (Längenmaß III)	9,50			
6. dersgl. unter 150 cm Länge (Längenmaß IV)	5,30			

Artikel V.

Der § 3 der Bekanntmachung L. 700/11. 16. R. R. A., betreffend Höchstpreise für Kalb-, Schaf-, Lamms- und Ziegenfelle, vom 20. Dezember 1916 erhält folgende Fassung:

S 3.

Grundpreis.

Der Grundpreis darf höchstens betragen für:

1. Kalbfelle, welche mit Kopf weniger als 10 kg Grüngewicht bezw. 4 kg Trockengewicht, ohne Kopf weniger als 9 kg Grüngewicht bezw. 3,6 kg Trockengewicht haben, a) gefüllt	8,00 M für 1 kg Grüngewicht,
b) trocken	6,60, " 1 " Trockengewicht,
2. Rindshäute, Ponys und Maultierhäute von 220 und mehr cm Länge (Längenmaß I	50,75 M.
3. Schafe und Ziegenfelle, gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
a) gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
b) trocken	2,25, " 1 " Trockengewicht,
4. Schafe und Ziegenfelle, gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
a) gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
b) trocken	2,25, " 1 " Trockengewicht,
5. Schafe und Ziegenfelle, gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
a) gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
b) trocken	2,25, " 1 " Trockengewicht,
6. Schafe und Ziegenfelle, gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
a) gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
b) trocken	2,25, " 1 " Trockengewicht,
7. Schafe und Ziegenfelle, gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
a) gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
b) trocken	2,25, " 1 " Trockengewicht,
8. Schafe und Ziegenfelle, gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
a) gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
b) trocken	2,25, " 1 " Trockengewicht,
9. Schafe und Ziegenfelle, gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
a) gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
b) trocken	2,25, " 1 " Trockengewicht,
10. Schafe und Ziegenfelle, gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
a) gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
b) trocken	2,25, " 1 " Trockengewicht,
11. Schafe und Ziegenfelle, gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
a) gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
b) trocken	2,25, " 1 " Trockengewicht,
12. Schafe und Ziegenfelle, gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
a) gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
b) trocken	2,25, " 1 " Trockengewicht,
13. Schafe und Ziegenfelle, gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
a) gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
b) trocken	2,25, " 1 " Trockengewicht,
14. Schafe und Ziegenfelle, gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
a) gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
b) trocken	2,25, " 1 " Trockengewicht,
15. Schafe und Ziegenfelle, gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
a) gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
b) trocken	2,25, " 1 " Trockengewicht,
16. Schafe und Ziegenfelle, gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
a) gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
b) trocken	2,25, " 1 " Trockengewicht,
17. Schafe und Ziegenfelle, gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
a) gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
b) trocken	2,25, " 1 " Trockengewicht,
18. Schafe und Ziegenfelle, gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
a) gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
b) trocken	2,25, " 1 " Trockengewicht,
19. Schafe und Ziegenfelle, gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
a) gefüllt	2,80 M für 1 kg Grüngewicht,
b) trocken	2,25, " 1 " Trockengewicht,
20. Schafe und Ziegenfelle, gefü	

In dieser Woche — Für den Weihnachtskauf

Möbel mit doppelten Rabatt-Marken

Klein-Möbel

ein passendes Weihnachts-Geschenk

Panselborde	Mark 45 ⁰⁰ bis 37 ⁵⁰
Bauerntische	Mark 58 ⁰⁰ bis 11 ⁵⁰
Blumenständer	Mark 63 ⁵⁰ bis 24 ⁵⁰
Schirmständer	Mark 14 ⁰⁰ bis 9 ⁷⁵
Noten-Etageren	Mark 76 ⁰⁰ bis 45 ⁵⁰
Klavier-Sessel	Mark 75 ⁰⁰ bis 42 ⁵⁰
Bücher-Borde	Mark 28 ⁵⁰ bis 5 ⁵⁰
Bücher-Schränke	Mk. 245 ⁰⁰ bis 135 ⁰⁰
Handtuchständer	Mark 19 ⁷⁵ bis 12 ⁵⁰
Handtuchhalter	Mark 11 ⁵⁰ bis 3 ⁴⁵
Garderobenleisten	Mark 35 ⁰⁰ bis 14 ⁵⁰
Flurgarderoben	Mark 65 ⁰⁰ bis 72 ⁵⁰

Schlafzimmer-Einrichtungen
Speisezimmer □ Herren-Zimmer

Vollständige Küchen
in besten süddeutschen Fabrikaten
sehr preiswert.

Schlafzimmer „Inge“ Eiche mit ...	750	Mark
Speise-Zimmer „Fürth“ Echt Eiche ...	1800	Mark
Herren-Zimmer „Wodan“ Echt Eiche ...	1975	Mark
Küchen-Einrichtung lackiert	695	Mark

Ausstellung vorteilhafter Möbel

Kohlmarkt Nr. 5. Verkauf nur im Holstenhaus.

Einzel-Möbel
in gediegener Ausführung

Stühle für die Küche	2450	bis 1975
Stühle für Wohnzimmer	9750	bis 2250
Stühle für Speise- und Herrenzimmer	11000	bis 7500
Tische für die Küche	6500	bis 3200
Tische für Wohnzimmer	22500	bis 7500
Tische für Speisezimmer	55000	bis 5800
Eiserne Bettstellen	12000	bis 3800
Reform-Bettstellen	22500	bis 6800
Kinder-Bettstellen		
Kleiderschränke, Kommoden		
Schreibtische, Nähtische, Rauchtische		
Schaukel- und Liegestühle		

Wir empfehlen, die Vormittagsstunden zum Einkauf zu benutzen.

HOLSTENHAUS — **LÜBECK**
G. m. b. H.

Nur die sozialdemokratische Partei

(Bureau: Johannisstrasse 50, pt.)

ist die wahre Vertreterin der Interessen aller werktätigen Männer und Frauen in Stadt und Land,

nicht die jetzt unter der Marke der Volksparteien segelnden alten bürgerlichen Parteirichtungen.

Männer und Frauen Lübecks!

— Tretet der deutschen demokratischen Partei bei. —

Anmeldungen: Geschäftsstelle Beckergrube 1, Ecke Breite Strasse. Fernsprecher 1000.

Ausgabe von Speisemärken.

Auf Grund der Bekanntmachung des Polizeiamts betreffend die Ausgabe von Speisemärken vom 31. Januar 1917 wird hiermit folgendes angeordnet:

Die Ausgabe der Speisemärken für die Zeit vom 23. Dezember 1918 bis zum 19. Januar 1919 erfolgt von Donnerstag, den 19. Dezember 1918 ab von morgens 9 Uhr bis 1 Uhr und nachmittags 3 Uhr bis 6 Uhr in der Börse, Eingang vom Markt (Centrale für die Ausgabe von Lebensmittelausweisen).

Für die Zeit bis zum 19. Januar 1919 werden im Hörsaal 4. Etage zu 16 Marken, deren Gültigkeit zeitlich nicht beschränkt ist, ausgegeben.

Zur Erlangung je eines Heftes sind abzugeben:

1. einer der für Januar für Mühlensäcklate gültigen Abschnitte 79 bis 74 der Bezugskarte,

2. einer der zum Bezug von Zucker für Januar gültigen Abschnitte 79 bis 88 der Bezugskarte und

3. drei Unterabschnitte des Abschnittes 4-7 der Kartoffelkarte. Selbstverdorger und Personen, welche auf diese Abschnitte Kartoffeln bereits bezogen haben, erhalten gegen Ablieferung von 3 Pfund zur mittleren Stärkung geeigneter Kartoffeln für jedes Speisemarke einen Empfang des Tage-Preises in der Siedlungs-Kartoffelstelle, Königstraße 13, I., einen entsprechenden Anschein.

Die Ausgabe von Speisemärken für ausmärkte mohnhafte Personen, welche hier in feiter Arbeit stehen, erfolgt nur in der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schubert 18, II.

Lübeck, den 17. Dezember 1918. (7026)

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Bekanntmachung.

Der Knochenverkauf in der Markthalle

findet seit am Donnerstag, dem 16. Dezember 1918, vormittags von 8 bis 12 Uhr, auf Abschnitt 6 der Knochenverkaufskarten mit Nummern über 14.000 und am Freitag, dem 20. Dezember 1918, vormittags von 8 bis 12 Uhr, auf Abschnitt 7 der Knochenverkaufskarten Nr. 1 bis 10.600.

Ein freihändiger Verkauf der etwa übrig bleibenden Knochen findet nicht statt.

Lübeck, den 17. Dezember 1918. (7024)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Der Knochenverkauf in Schlupf

findet seit am Donnerstag, dem 19. Dezember 1918, vormittags von 8 bis 12 Uhr, beim Schlägtermärker Franz Winkel, Schulstrasse 31, für die von der Polizeiabteilung Schlupf abgeleiteten gelben Knochenverkaufskarten.

Ein freihändiger Verkauf der etwa übrig bleibenden Knochen findet nicht statt.

Lübeck, den 17. Dezember 1918. (7025)

Das Polizeiamt.

Donnerstag Reparaturen abholen bis Nr. 800.
Donnerstag und Sonnabend Abgabe von Schalen.

Kriegshilfe, Abt. Schuhfürsorge,
7088 Rönigstraße 19 1. Stock, Zimmer 7.

Sozialdemokratischer Verein.

5. Distrikt.

15. und 16. Bezirk.

15. Bezirk Antoniustr., Bäckerstr., Bismarckstr., Am Brink, Bürgertor-Allee (Ostseite von der Bakenstr. bis zur Bäckerstr. Nr. 27-57 und gerade Nummern), Kalandstr., Klosterstr., Bekenstr., Roßdörferstr., Spillerstr., Strohtatenstr., Bakenstr., Bei der Bakenkunst.

16. Bezirk Buseküstr., Dorfstr., Clemensstr., Fahlenkampsweg, Einer Fischerbuden, Gärtnergasse, Grönauer Baum, Kahlberstr., von der Rabegeburger Allee bis zur Dorfstr. (Nr. 1-23 und 2-30), Rosatiengasse, Am Klosterhof, Mönchhofweg, Mönchhof, Peterstr., Rabegeburger Allee jenseits Herderstr., und Einer ungerade Nummern, gerade Nummern 14 ff., Stadtweide, Wasserweg, Weinbergstr.

Die Ausgabe von Speisemärken für ausmärkte mohnhafte Personen, welche hier in feiter Arbeit stehen, erfolgt nur in der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schubert 18, II.

Lübeck, den 17. Dezember 1918. (7026)

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Veranstaltung

am Donnerstag, dem 19. Dezember,

abends 7^{1/2} Uhr im Lokale des Herrn H. A. H. (Zum Weinberg) Ratzeburger Allee.

Wir bitten die Genossinnen und Genossen, die bei der Wahl mittägig sein wollen, sich recht zahlreich an dieser Versammlung zu beteiligen.

Der Distriktsführer.

7024 Karl Wittfoot.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Achtung!

Die Auszahlung der Weihnachtshilfeunterstützung, die auf Beschluss der letzten Mitglieder-Versammlung den

Witwen und Waisen

zu zahlen sollen, findet am Samstag, dem 22. d. Wk., statt. Die hierzu erforderlichen Papiere, wie Steuerkunde oder sonstige Ausweise, für Kinder, Erwachsene oder Impfchein, sind vorzulegen.

Die Auszahlung findet nachmittags von 2-5 Uhr im Saalbau, Johannisstraße 48, I. statt.

Die Kommission.

N.B. Antrug auf Unterstützung haben nur diejenigen Witwen und Waisen, deren Ehemänner Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes waren und während der Kriegszeit gefallen sind.

Glasfenster

aller Art off.

O. Tauchnitz, Glashandlung,

Meissnerstr. 35, Fernr. 2808.

Weihnachtsbäume

empfiehlt (7017)

Bütow, Schwartau, Barin, Str. 11.

Wandkalender

des Lübecker Volkshotels

20 Pfg.

Buchh. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Restaurant

Schlesierheim, strasse 3.

C. Lachmann. (7012)

Hansa-Theater.

Heute abend 7 Uhr.

Gastspiel Carl Tralow:

Polenblut.

Operette in 3 Akten v. Nedbal.

Donnerstag: Wenn im Frühling der Holunder ... !

Freitag: Sah ein Knab' ein Röslein stehn.

Sonnab.: Die Csardasfürstin.

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19.

Mittwoch, den 18. Dezember

Nachmittags 3 Uhr:

Ein deutsches Weihnachtsspiel.

Abends 7 Uhr:

11. Vorstellung im Mittwoch-

Abonnement.

Fannys erstes Stück.

Komödie in 3 Akten von

Bernhard Shaw.

Donnerstag, den 19. Dezember

Frühlings Erwachen

Freitag, den 20. Dezember:

Das Höllisch Gold.

Der Ring des Polykrates.

Sonnabend, den 21. Dezember

Nachmittags 3 Uhr:

Ein deutsches Weihnachtsspiel.

Abends 7 Uhr:

Der Zigeunerbaron.

Sonntag, den 22. Dezember

Voranzeige!

Auf vielfachen Wunsch:

Tanz-Vorstellung des gesamten Balletts mit

Orchester.